Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 2. Dienstag, den 4. Januar 1910. 17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das Wirtschaftsjahr 1909.

In den vielen bisher schon veröffentlichten Urteilen über das Jahr 1909 wird fast übereinstimmend gesagt, daß das Jahr 1909 einen wirtschaftlichen Erholungsprozeß gebracht habe. Nicht so einfach wie diese Feststellung ist aber einerseits die Aufdeckung der Ursachen, die die Besserung im Jahre 1909 bewirkt haben, und andrerseits die Abschätzung des Besserungsgrundes.

Wir müssen bis in das Jahr 1907 zurückgehen, um die ersten Ansätze der Erholung aufzuzeigen, also in das erste Jahr des Niederganges selbst. Denn während damals in der Warenherstellung und auf dem Arbeitsmarkt die Krise erst einsetzte, stoßen wir auf dem Geldmarkt schon auf das Ende der langen Periode, in der sich am mobilen Kapital ein starker Entwertungsprozeß vollzogen hatte. Nachdem das Kursniveau in den Jahren 1906 und 1907 stark zurückgegangen war, trat von September 1907 an bei den festverzinslichen Werten ein deutlicher Umschwung der Tendenz ein, die fast ununterbrochen bis September 1909, also volle zwei Jahre, angehalten hat. Im Januar 1906 hatte der Durchschnittskurs der festverzinslichen Werte noch auf 95,53 gestanden; bis August 1907 war er auf 89,27 gesunken. Der Monat September 1907 brachte dann die erste leise Besserung, und während des Jahres 1908 schwankte der Kurs um Ultimo der einzelnen Monate zwischen 90,22 und 91,70. Im Verlaufe des Jahres 1909 aber stieg er kräftig und erreichte im September den Stand von 95,47. Bei den Dividendenwerten wurde der niedrigste Kursstand im Februar 1908 mit 142,21 erreicht, während er im Januar 1906 165,43 betragen hatte. Von Februar 1908 bis Januar 1909 erholte sich der Kurs auf 150,66, um bis September 1907 den hohen Stand von 166,05 zu erreichen, der aber nicht bis zum Jahresschlusse gehalten werden konnte.

Es hat sich also seit August 1907 eine Höherbewertung des mobilen Kapitals vollzogen, deren Tragweite nicht zu unterschätzen ist. Berechnen wir nur für die an der Berliner Börse gehandelten Effekten die Höherbewertung seit dem Tiefstande des Kursniveaus im August 1907 bis zum September 1909, so ergibt sich, daß bei einem Nominalkapitale von 101,65 Milliarden Mark der Kurswert von 99,14 Ende August 1907 auf 106,28 Milliarden Ende September 1909 gestiegen ist. Das bedeutet eine Werterhöhung um 7,14 Milliarden Mark. Von dieser Wertsteigerung fielen in das Jahr 1909 bis Ende September 3,36 Milliarden, der Rest in die Zeit von September 1907 bis Ende 1908.

Schon diese Wertsteigerung zeigt deutlich die zunehmende Fülle auf dem Geldmarkte, die im September 1908 einen solchen Grad erreicht hatte, daß auch die gewerblichen Neuinvestierungen wieder über die Vorjahrssumme hinauszugehen anfingen. Gerade durch die Zunahme der Neuinvestierungen wurde der Boden für die Besserung des gewerblichen Beschäftigungsgrades vorbereitet. Von Januar bis Juli 1909 waren in jedem Monat die Neuinvestierungen größer als 1908, und zwar zum Teil ganz erheblich größer. Wenn von August bis einschließlich Oktober wieder eine merkliche Abschwächung infolge der unerwarteten Versteifung des Geldmarktes erfolgte, so betrug doch für die ersten elf Monate des Jahres 1909 das Plus der Neuinvestierungen, soweit sie Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. zuflossen, rund 80 Millionen Mark. Denn für die ersten elf Monate 1908 betrugen sie 945,37, für die gleiche Zeit 1909 aber 1024,85 Millionen Mark. Es muß dabei hervorgehoben werden, daß von September 1908 an namentlich die Neuinvestierung in Bau- und Terraingesellschaften besonders lebhaft erfolgten. Die Erholung setzte danach auf dem Geldmarkte schon zu einer Zeit ein, da in der Warenherstellung, auf dem Arbeitsmarkt und in der Distribution erst der Niedergang sich vollzog.

Vom Geldmarkte griff dann der Erholungsprozeß im Jahre 1909 auf die Warenherstellung über. Die erste Gewerbegruppe, in der die Wiederbelebung kräftig einsetzte, war das Baugewerbe. Schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1908 fielen die starken Neuinvestierungen in Bau- und Terraingesellschaften auf, die darauf schließen ließen, daß die Unternehmungslust wieder zunahm, daß die Kapitalien für Bauzwecke wieder flüssiger wurden, und daß für 1909 mit einer Besserung der Bautätigkeit zu rechnen war. Die Erwartung erfüllte sich. Das Frühjahr 1909 brachte den Aufschwung der Bautätigkeit und brachte damit in das Tempo der Warenherstellung eine Beschleunigung, die über den Rahmen des Baugewerbes hinaus belebend wirkte. Zwar äußerte sich das Belebende des Baugewerbes in den verschiedenen Gegenden nicht gleichmäßig, auch war der Beschäftigungsgrad nicht das ganze Jahr hindurch auf gleicher Höhe. Vielmehr ließ in manchen Industriegebieten die Bautätigkeit noch lange Zeit hindurch zu wünschen übrig, und während der Sommermonate erfolgte eine ziemlich allgemeine Abschwächung. Aber der Antrieb für eine stärkere Belebung des gewerblichen Beschäftigungsgrades war gegeben. Vom Baugewerbe griff die Belebung über auf die Holzindustrie, auf die Ziegelei und Zementherstellung, welch letztere freilich aus anderen Gründen trotz der Steigerung des Absatzes recht unbefriedigend blieb. Verschiedene Zweige des Metallwarengewerbes, weiterhin aber auch das gesamte Eisengewerbe wurden von der besseren Bautätigkeit günstig beeinflußt. Überall fielen die Betriebseinschränkungen mehr und mehr weg, es fanden auch von März an Neueinstellungen statt, die viele Arbeitskräfte beschäftigten und den Konsum steigerten. Die Zunahme des Konsums aber, die von der Einkommenssteigerung infolge der stärkeren Bautätigkeit ausging, wirkte sehr bald auf den Beschäftigungsgrad aller der Gewerbe steigernd und anregend ein, die für den unmittelbaren menschlichen Konsum nötig sind: es verdienten die Bäcker, Schlächter, Nahrungsmittelhändler, Schneider, Kleiderwarenhändler usw. wieder mehr. Die weitere Folge war, daß auch das Textilgewerbe, die Konfektion, die Schuhfabrikation usw. wieder ziemlich befriedigende Arbeitsgelegenheit erhielten. So ging vom Baugewerbe der erste Anstoß der Erholung in der Warenherstellung aus.

Es ist im Laufe des Jahres 1909 infolge dieser Belebung ein ganz erhebliches Kontingent neuer Arbeitskräfte in den wirtschaftlichen Prozeß aufgenommen worden. Die Steigerung des gewerblichen Beschäftigungsgrades, soweit sie aus der Bewegung der Beschäftigtenziffer ersichtlich ist, betrug vom 1. Januar bis 1. Dezember 1909 zirka 7,6 Prozent. In den ersten Monaten des Jahres blieb die Beschäftigtenziffer absolut noch hinter dem Stande des Vorjahres zurück. Von April an aber ging sie gleich kräftig über das Vorjahr hinaus und bewegte sich mit Ausnahme der Monate Juni und Juli bis einschließlich Oktober stetig aufwärts. Setzen wir die Beschäftigtenziffer am 1. Januar gleich 100, so war die monatliche Bewegung im Jahre 1909 folgende:

Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
99,7	99,8	102,7	105,6	106,8	106,6	106,8	107,0

September	Oktober	November
107,7	108,4	107,6

Legt man diese Steigerungsquote einer Schätzung der Gesamtzunahme von gewerblichen Arbeitskräften zugrunde, so ergibt sich daß im Jahre 1909, das heißt von Januar bis einschließlich November, zirka 764 000 Arbeitskräfte Beschäftigung im Gewerbe gefunden haben dürfen. Die Einstellung dieser neuen Aebeitskräfte erfolgte allerdings nicht auf einmal und nicht für das ganze Jahr, aber schon die volle Beschäftigung dieses Mehrkontingents während eines einzigen Monats ergibt eine Lohnzunahme, die den Konsum erheblich anregen mußte. Dazu kommen dann die Verdienstzunahmen, die aus dem Wegfall der Betriebseinschränkungen resultieren und gleichfalls recht kräftig ins Gewicht fielen.

Mit der Besserung des gewerblichen Beschäftigungsgrades, der im Frühjahr 1909 einsetzte, mußte auch der Arbeitsmarkt eine Erleichterung erfahren. Zwar konnte das übermäßige Angebot, das aus den Jahren 1907 und namentlich 1908 noch vorhanden war, nicht so schnell aufgesaugt werden, um den Andrang am Arbeitsmarkt schon wieder auf eine normale Höhe herunterzudrücken. Kam doch zu dem überschüssigen Angebot aus dem Jahre 1908 noch das Neuangebot aus dem Jahre 1909 selbst. Immerhin bewirkten die starken Neueinstellungen in den gewerblichen Betrieben im Verein mit dem ziemlich kräftigen Bedarf der Landwirtschaft, daß das Überangebot von März an zu fallen begann und von September an hinter dem Überangebot im Jahre 1908 wieder zurückblieb. Im September stellte sich der Andrang nach der vorläufigen Statistik des „Arbeitsmarktes" auf 124,0 gegen 136,5 im Jahre 1908 und nach der umfassenderen Statistik des „Reichsarbeitsblattes" auf 141,30 gegen 143,68.

Daß trotz der sehr wesentlichen Erleichterung das absolute Gepräge des Arbeitsmarktes noch trübe blieb, hat seinen Grund darin, daß nach den vielen Monaten des Rückgangs der Beschäftigtenzahl im Jahre 1908 die Neueinstellungen, auch wenn sie noch so stark waren, noch lange nicht ausreichten, um das Überangebot schon vom Markte zu entfernen. Die Folge dieses Umstandes ist, daß die drei letzten Monate des Jahres 1909 wieder ein bedenkliches Anschwellen des Andranges bringen mußten, da ja das letzte Viertel des Jahres stets unter einem Anwachsen des Überangebots verläuft. Die Erleichterung des Arbeitsmarktes reichte daher, wenn man das ganze Jahr und nicht etwa nur die Monate März bis September überblickt, nicht aus, um das Jahr 1909 schon wieder weniger ungünstig zu gestalten als das Jahr 1908. Vielmehr ergibt sich für das ganze Jahr 1909 noch ein höherer Andrang am Arbeitsmarkt als für 1908. Im Durchschnitt der ersten elf Monate kamen auf je 100 offene Stellen im laufenden Jahre noch 158,7 Arbeitsuchende gegen 154,3 im Jahre 1908 und 113,9 im Jahre 1907. Für den Arbeitsmarkt bedeutet das Jahr 1909 also noch immer ein Krisenjahr. Wenn auch von März bis September die schlimme Erscheinung der Arbeitslosigkeit kräftig zurückgeht, so machte sie sich in den beiden ersten Monaten um so stärker bemerkbar. Nach Überwindung des laufenden Winters steht allerdings zu erwarten, daß auch der Arbeitsmarkt wieder in die Bahn des Aufschwungs einläuft.

* * *

Wie wirkte nun die wirtschaftliche Erholung auf die Vermögens- und Einkommensverhältnisse zurück? Wer mit seinen Effekten sich aufs Spekulieren verlegt, wer seine Vermögenswerte ständig wechselt, um an den Kursschwankungen zu verdienen, der hatte im laufenden Jahre günstige Chancen, erhebliche Zwischengewinne zu machen. Der Kreis der in diese Gruppe von Kapitalisten gehörenden Personen ist nicht gerade klein. Der Verlauf des Börsenverkehrs im Jahre 1909 bestätigt, daß die stärkere Nachfrage nach Effekten den bisherigen Besitzern den Verkauf ihrer Papiere zu gewinnbringenden Preisen ermöglichte. Nicht ebenso günstig lagen die Verhältnisse für die Gruppe von Kapitalbesitzern, die auf die Zins- oder Dividendeneinnahmen aus ihren Papieren angewiesen sind. Nehmen wir aber die Veränderung in den Einkommenverhältnissen der Arbeiter, so ist zunächst festzustellen, daß die Lohnsummen an sich gewachsen sind, einmal infolge des allmählichen Wegfalls der Betriebseinschränkungen, soweit sie den nicht entlassenen Arbeiterstamm berührten, sodann aber infolge der Neueinstellungen. Nicht so wie die Lohnsummen ist der Verdienst des einzelnen Arbeiters gewachsen. Es darf angenommen werden, daß das durchschnittliche Einkommen gegen 1908, mit Ausnahme freilich einiger Produktionszweige, wie namentlich des Bergbaus, gewachsen ist. Jedoch ist die Steigerung des Lohneinkommens in seinem Effekt durch die Erhöhung des Warenpreisniveaus auffallend beeinträchtigt worden. Die Folge ist, daß der Reallohn hinter der Steigerung des nominellen Lohnes zurückblieb.

Der Warenpreisindex, der seit Oktober 1907 bis Januar 1909 eine rückgängige Tendenz aufwies, änderte im Februar 1909 seine Richtung und erhöhte sich im Laufe des Jahres ziemlich bedeutend. Er stand für 17 der wichtigsten Waren, die nach der Stärke ihres Konsums berücksichtigt sind, auf 5732,30 im Januar und auf 5913,37 im November 1909. Das ist eine Steigerung um 3,2 Prozent. Diese Steigerung des Warenpreisniveaus im Großhandel kam im Detailverkehr noch schäfer zum Ausdruck; die Ernährungskosten allein gingen merklich stärker als um 3,2 Prozent in die Höhe. Gemessen an dem durchschnittlichen Nahrungsmittelaufwand für 50 preußische Plätze stiegen die Kosten der Ernährung von Januar auf November um nicht weniger als 4,6 Prozent. Die Bewegung der Warenpreise hat also einen Teil des höheren Lohneinkommens wieder paralysiert. Wäre das nicht der Fall gewesen, so hätte zweifellos der Konsum der breiten Massen der Bevölkerung im Jahre 1909 sich schon kräftiger entwickelt, als es tatsächlich geschehen ist. Die Steigerung des Warenpreisniveaus ist hauptsächlich auf die Bewegung der Getreide- und teilweise auch der Vieh-, namentlich der Schweinepreise, zurückzuführen.

Als Gesamtfazit ergibt sich so für das Jahr 1909: die aufstrebenden Triebkräfte waren stark genug, um nicht nur die Folgeerscheinungen der Krise auf fast allen Gebieten bis auf den Arbeitsmarkt endlich zu überwinden, sondern auch die Erholung so weit zu fördern, daß für das Jahr 1910 der Beginn einer neuen Aufschwungsperiode mit ziemlicher Sicherheit erwartet werden kann.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Reichsversicherungsordnung.

Allem Anschein nach sind auch im Bundesrat Unstimmigkeiten in Sachen der Reichsversicherungsordnung vorhanden. Wenigstens deutet eine anscheinend offiziös inspirierte Notiz der Scherlpresse darauf hin. Dort heißt es, nachdem das Vorhandensein von Differenzen angedeutet

ist: „Doch scheint im allgemeinen auch bei denjenigen Einzelregierungen, die in bezug auf grundlegende Fragen der Reichsversicherungsordnung einen anderen Standpunkt einnehmen, als der vorläufige Entwurf ist, das Bestreben vorzuwalten, mit dem Widerspruch tunlichst zurückzuhalten. Eine Erklärung hierfür ist nicht schwer zu finden. Gesetzt den Fall, Bayern, Württemberg oder Baden oder je zwei von ihnen widerstrebten bestimmten integrierenden Bestandteilen der zukünftigen Reichsversicherungsordnung, wie diese vom Reichsamt des Innern gedacht ist, hätten aber im gegenwärtigen Stadium der Beratung im Bundesrat schwache oder keine Aussicht, mit ihren Abänderungsvorschlägen durchzudringen, so könnte für sie sehr wohl in Frage kommen, ob sie ihren Zweck und ihr Ziel leichter erreichen, wenn sie sich bescheiden, bis der sogenannte „definitive" Entwurf im Reichstag liegt, oder wenn sie sich jetzt überstimmen lassen. Die Absicht der Reichsverwaltung geht vor wie nach dahin, die Reichsversicherungsordnung möglichst bald vor den Reichstag zu bringen. Mit der Betreibung der definitiven Feststellung des Entwurfs im Bundesrat sind aber ohne Frage die schwierigen Entwicklungsphasen dieses großen gesetzgeberischen Planes nicht etwa abgeschlossen."

Das Beratungsmaterial des Reichstages

nach Wiederaufnahme seiner Sitzungen wird recht umfangreich sein. Die „Berliner Polit. Nachr." geben nachstehende Zusammenstellung:

„Zunächst wird der Reichshaushaltsetat für 1910 in der Budgetkommission und dann in zweiter und dritter Beratung im Plenum zu erledigen sein. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß, weil das Osterfest diesmal in den Schluß des März fällt, es einer recht angestrengten Arbeit bedürfen wird, um den Etat rechtzeitig, das heißt bis zum 1. April 1910, fertigzustellen. Weiter ist der vor Weihnachten in erster Lesung beratene Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Portugal nach den Ferien in zweiter und dritter Beratung zu erledigen. Für ihn haben sich inzwischen u. a. der Zentralverband Deutscher Industrieller und der Deutsche Handelstag ausgesprochen. Von Vorlagen, die dem Reichstage vom Bundesrate schon vor Weihnachten zugegangen, aber noch nicht in Beratung genommen sind, sind von Wichtigkeit der Entwurf über die Haftung des Reiches für seine Beamten, die Strafprozeßordnung mit den zugehörigen Gesetzen, der Entwurf einer Fernsprechgebührenordnung und der Handelsvertrag mit Bolivien. Dazu kommt aber noch die große Zahl von Interpellationen und Anträgen, die aus der Initiative des Hauses selbst hervorgegangen sind. Man wird zugestehen müssen, daß schon dieses Material hinreichen würde, den Reichstag bis zu den Osterferien voll zu beschäftigen. Er wird aber noch andere Gesetzentwürfe zur Beratung zugestellt erhalten. Darunter werden sich das Arbeitskammergesetz, das Gesetz über die Stellenvermittlung, eine Gewerbeordnungsnovelle, ein Gesetzentwurf über die Hausarbeit, ein Kolonialbeamtengesetz und die Reichsversicherungsordnung befinden. Man wird annehmen dürfen, daß alle diese Vorlagen noch vor den Osterferien im Reichstage sein werden. Erforderte die Neuregelung der Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika eine Vorlage, so würde auch diese noch vor Ostern einzubringen und zu erledigen sein. Auf jeden Fall wird das aufgezählte Material nicht vor Ostern aufgearbeitet werden können, es wird vielmehr von ihm für die Zeit nach Ostern noch soviel übrigbleiben, daß auch diesmal mit einer recht langen Reichstagstagung zu rechnen sein wird."

Vor Eröffnung des Reichstages hieß es bekanntlich, daß die Regierung die Absicht habe, die Session möglichst kurz und inhaltslos zu gestalten, um die Reibungspunkte nach Möglichkeit zu verringern. Das wäre nun freilich auch nicht zu erreichen gewesen, wenn die Regierung sich auf das Allernotwendigste beschränkt hätte.

Noch ein nationalliberaler Wahlrechtsfeind.

Der nationalliberale Landtagsabgeordnete Schmieding-Dortmund untersucht in der „Nationalzeitung" das Dreiklassenwahlrecht auf seine Reformbedürftigkeit und er kommt dabei zu dem Schluß:

„Für einen liberalen Politiker gehört schon ein großes Maß politischer Naivität dazu, die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen zu fordern; und der Versuch, den das früher liberal regierte Baden mit der Einführung des Reichstagswahlrechts gemacht hat, kann doch gerade nach den letzten Erfahrungen nicht besonders zur Nachahmung reizen. Es ist ein großer Irrtum, das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für eine liberale Einrichtung zu halten radikal nach der rechten und linken Seite wirkt dieses System allerdings, aber niemals im liberalen und noch weniger im gemäßigten Sinne. Die Instinkte der Masse sind eben nicht liberal, sie sind vielfach radikal und reaktionär, und wenn man ihnen bei den Wahlen das Allein-Regiment gibt, da kann man sich nicht wundern, wenn die radikale Sozialdemokratie und das reaktionäre konfessionelle Zentrum im Reichstage das große Wort führen."

Und das nennt sich liberal!!

Ein Wink mit dem Zaunpfahl.

Vor ein paar Tagen ist die Nachricht verbreitet worden, daß von der Einbringung einer Novelle zum Talonsteuergesetz Abstand genommen werde, weil die Gesellschaften, die vorzeitig Zinsbogen ausgegeben haben, sich zur Zahlung bereit erklärt hätten. Das Reichsschatzamt bemerkt dazu, daß die Nachricht in dieser Form unzutreffend ist. Zwar haben in der letzten Zeit wiederum einige größere Gesellschaften, für die erhebliche Steuerbeträge in Frage kommen, sich der Auffassung des Reichsschatzamtes angeschlossen; immerhin fehlt noch eine Reihe kleinerer Gesellschaften. Mit Rücksicht auf eine vollkommene Gleichmäßigkeit ist daher die Frage der Einbringung eines Talonsteuergesetzes noch keineswegs aus den Erwägungen der Reichsregierung ausgeschieden. Die kleineren Gesellschaften, die noch immer die Absicht haben, den Daumen auf dem Beutel zu halten, werden diesen Wink mit dem Zaunpfahl verstehen und endlich bezahlen.

Keine Kommunalsteuer auf alkoholfreie Getränke.

Der Finanzminister und der Minister des Innern haben eine gemeinsame Verfügung erlassen, daß die Erhebung einer kommunalen Verbrauchsabgabe von alkoholfreien Getränken, wie Fruchtsäften, Limonaden und Brauselimonaden, aus grundsätzlichen Erwägungen, insbesondere im Hinblick auf Artikel 5 II § 7 des Zollvereinigungsgesetzes vom 8. Juli 1862, nicht für zulässig erachtet werden kann.

Der Glaube als Verschönerungsmittel.

Der klerikale „Oberschles. Kurier" hat in seiner frommen Einfalt entdeckt, daß der katholische Glaube ein probates Mittel der Körperverschönerung ist. In dem Bericht über den Vortrag eines „Psycho-Physiognomikers" schreibt das Blatt:

„Es ist ein außerordentliches Verdienst der katholischen Kirche, daß sie die Kunst zu aller und zu jeder Zeit gepflegt hat. So brachte sie in diesen Meisterwerken den Menschen auch sichtbar die Ideale der Göttlichkeit, Schönheit und Weisheit zum Bewußtsein, damit der Mensch sich danach bilde und veredele. Tatsächlich findet man sonst nirgends, als unter guten, gläubigen Katholiken, besonders auch in hiesiger Landgegend und unter Frauen, solche herrlichen Körper-, Gesichts-, Augen- und Schädelformen. Hierin liegt etwas Großes, das soll man ehren und hochhalten."

Warzen, Sommersprossen, Leberflecke: gegen alle hilft der Glaube.

Eine neue Schießvorschrift für die Kavallerie

ist an die in Frage kommenden Truppenteile hinausgegeben worden. Die gesamte deutsche Reiterei ist nunmehr mit dem Karabiner M 08 ausgerüstet. Die Ausbildung der Kavallerie im Schießen soll der der Infanterie ziemlich gleichgebracht werden. Diese Neueinrichtung wird als ein weiteres Argument gegen die Herabsetzung der Dienstzeit bei den berittenen Truppen ins Feld geführt werden.

Schutz den russischen Millionen!

Staatssekretär v. Schoen hat gegen die Vollstreckung des in Tsingtau gegen die russische Regierung gefällten Urteils auf Zahlung von drei Millionen Mark an den Herrn v. Hellfeld Einspruch erhoben. Die Pfändung der russischen Millionen hat in Petersburg sehr unangenehm berührt und Herr v. Schoen erklärt nun in seinem Schriftsatz, daß die Verurteilung der russischen Regierung durch ein deutsches Gericht völkerrechtlich nicht zulässig sei, denn die russische Regierung habe stets erklärt, daß sie sich dem Spruch eines deutschen Gerichtes nicht fügen werde. Rußland erhält also voraussichtlich wieder das Verfügungsrecht über die beschlagnahmten Millionen. Wenn Herr v. Hellfeld zu seinem Geld kommen will, dann muß er, falls es nicht zu einem Vergleich kommt, die russische Regierung bei einem russischen Gericht verklagen. Der Ausgang des Prozesses ist dann nicht zweifelhaft.

Staatlicher Terrorismus.

Die Maßregelungen von Beamten in Kattowitz dauern fort. Nachdem der preußische Justizminister den ihm unterstellten Beamten eine scharfe Rüge erteilt hat und eine Anzahl Lehrer und Eisenbahner versetzt worden sind, ist nunmehr auch die Postverwaltung auf dem Plan erschienen. Elf Postunterbeamten, die bei der Stadtverordnetenwahl für die polnischen Kandidaten gestimmt haben, ist die Mitteilung gemacht worden, daß sie ab 1. Februar versetzt werden. Selbst die Verwaltung der Reichsbank beteiligt sich an diesem unerhörten Treiben. Ganz offenbar sind die maßgebenden Stellen bestrebt, völlig reinen Tisch zu machen, ehe der Reichstag wieder zusammentritt. Das sind Zustände, die sich von russischen in nichts unterscheiden und man versteht nun, weshalb bestimmte Stellen so sehr für die Beibehaltung der öffentlichen Stimmabgabe schwärmen. Am 11. Januar wird der Reichstag über dieses System zu reden haben. Leider kann aber die Vertretung des deutschen Volkes an eine Interpellation weder Anträge knüpfen noch Beschlüsse fassen und so werden die Herren Staatssekretäre die Kritik in aller Gemütsruhe anhören, sie machen deshalb doch was sie wollen. Das Zentrum schickt als Redner den Grafen Oppersdorf vor, der den Herren am Regierungstisch nicht allzu wehe tun dürfte, die Polen leisten sich ihren Korfanty, der sich gewiß kein Blatt vor den Mund nehmen wird. Aber schließlich tritt nach einigen Stunden Vertagung ein, die Fortsetzung der Debatte kommt nicht mehr auf die Tagesordnung und das System bleibt das alte. Deutlicher kann die Machtlosigkeit des Reichstags nicht mehr illustriert werden.

Rom hat gesprochen.

Der Zentrumspartei und den christlichen Gewerkschaften in Deutschland, die sich ohnehin in sehr bedrängter Lage befinden, werden von Rom aus neue Verlegenheiten bereitet. Es handelt sich dabei zunächst um die brenzliche Frage, ob die christlichen Gewerkschaften unkonfessionelle oder rein katholische Organisationen sein sollen.

Der katholische Gewerkschaftsverband in Italien hatte eine Änderung seiner Statuten geplant. Es sollte der ausgesprochen katholische Charakter durch die Formel der „christlichen Gerechtigkeit" ersetzt und den angeschlossenen Verbänden dadurch ermöglicht werden, mehr Mitglieder und eine bessere Vertretung im Arbeitsrate des Staates zu erlangen. Dem Papste waren diese Vorschläge in Form einer Denkschrift unterbreitet worden. Bei dem Vorsitzenden des Verbandes, dem Grafen Medolago-Albini, traf daraufhin ein Handschreiben des Papstes ein, das den Entwurf rundweg ablehnte. Das Schreiben lautet:

„Geehrter Herr Graf! Nachdem wir das neue Statut für den Zusammenschluß der gewerblichen Verbände und Vereinigungen gelesen und darüber nachgedacht haben, ist es uns, obwohl wir von den vorzüglichen Absichten der mit der Änderung betrauten Herren durchaus überzeugt sind, ganz und gar unmöglich, es anzunehmen, und noch weit weniger, es gutzuheißen. Die in dem Memorandum angeführten Gründe haben uns nicht nur überzeugt, daß der angestrebte Zweck, den lauen und zweifelhaften Katholiken das Statut tatsächlich annehmbar zu machen und für den Gesamtverband eine Vertretung bei der Regierung zu erlangen, nicht erreicht wird, sondern es ist auch weder loyal noch vornehm, das katholische Bekenntnis unter falscher Flagge segeln zu lassen, als ob es eine Ramsch- und Schmuggelware wäre. Es ist ferner nicht abzusehen, bis zu welchem Punkte mit dem Begriff „christliche Gerechtigkeit", der genugsam weit und gefährlich ist, der Geist der angeschlossenen Verbände und folglich auch die Personen, die in den Vorstand gewählt werden, noch gelangen können. Möge die Unione Economico Sociale also mutig die katholische Fahne hochhalten und an dem am 20. März dieses Jahres approbierten Statut festhalten. Ob wir mit diesem den Zweck des Zusammenschlusses erreichen? Wir würden dem Herrn dafür Dank sagen. Soll unser Wunsch vereitelt werden? Dann bleiben uns unsere Einzelverbände, unsere katholischen Einzelverbände, und sie werden den Geist Jesu Christi bewahren, der sie sicher segnen wird. Haben Sie die Güte, Herr Graf, diese Entscheidung den Mitgliedern der Kommission mitzuteilen, denen ich wie auch Ihnen von Herzen den apostolischen Segen erteile.

Den 22. November 1909. Pius X., Papst."

Diese bedeutsame Kundgebung des Oberhauptes der katholischen Kirche wird von fast allen deutschen Zentrumsblättern totgeschwiegen. Man kann dieses betretene Schweigen recht gut verstehen, denn der Papst hat sich hier in einer Weise für konfessionelle Gewerkschaften festgelegt, daß auch der spitzfindigste Ausleger daran nichts zugunsten der interkonfessionellen Gewerkschaften wird deuten können. Pius X. stellt damit auch die christlichen Gewerkschaften in Deutschland vor eine Frage, um deren Beantwortung sie sich nicht herumdrücken können.

Man wird vielleicht einwenden, die päpstliche Kundgebung beziehe sich nur auf italienische Verhältnisse. Das trifft aber nicht zu. So betont u. a. „L'Univers," das führende Organ der französischen Katholiken, das päpstliche Handschreiben habe „ohne allen Zweifel eine allgemeine Bedeutung", der Papst wende „auf den ihm unterbreiteten Einzelfall ein höheres Prinzip an, dessen Beachtung allen Katholiken und bei jeder Gelegenheit zur Pflicht" werde. (Also auch für die deutschen Ultramontanen bei der Entscheidung über die Frage, ob das Zentrum eine politische oder eine konfessionelle Partei sein soll!) „Er verurteilt die „Methode des Nichtkonfessionellen" unter einem dreifachen Gesichtspunkte, als eine trügerische, Enttäuschung bringende Taktik, welche niemals zu dem erträumten Erfolge führen kann, als eine der „Loyalität und der Würde eines Katholiken zuwiderlaufende Haltung, welche als eine gefährliche Nachgiebigkeit, welche unsere Werke und Einrichtungen allmählich in die Hände unserer Feinde gelangen lassen könnte."

In ähnlicher Weise sprechen sich nicht nur führende katholische Blätter in Belgien, Holland, Spanien und Italien aus, auch ein deutsches Zentrumsorgan, die „Neunkirchener Zeitung" schreibt, es handle sich um eine Entscheidung, die „für alle Katholiken ohne Ausnahme bindende Kraft besitzt."

Damit aber jeder Zweifel ausgeschlossen ist, kommentierte das offizielle vatikanische Organ, der „Osservatore Romano", die päpstliche Entscheidung folgendermaßen:

„Das hehre Wort des Statthalters Jesu Christi verkündet noch einmal mit seiner allerhöchsten Autorität, der alle Katholiken unbedingten Gehorsam schuldig sind, daß unsere Vereinigungen offen konfessionell sein und sich als solche zeigen müssen. Nicht der Wunsch, die Zahl des Nachwuchses zu vermehren, nicht die Erreichung von wirksamen Vorteilen, noch andere derartige Erwägungen dürfen dahin führen, daß die Fahne des Kreuzes, für deren offenen und öffentlichen Triumph unsere Vereinigungen eben gegründet sind, zurückgeschlagen werde. Und das ist ja auch der Daseinsgrund der katholischen Bewegung . . . . Der hl. Vater zieht das ausdrückliche Bekenntnis zu Christus jedem Erfolg vor, und alle Katholiken werden jeder privaten und besonderen Erwägung den Ruhm und die Ehre vorziehen, ihm auf jeden Wink aufrichtig und öffentlich zu gehorchen."

In einem anderen Artikel vom 15. Dezember 1909 sagt der „Osservatore Romano", das päpstliche Handschreiben sei eine Äußerung, die gerade gelegen kam, um über die Kreise derer hinaus, die sie erbeten hatten, einen „hinterlistigen Trugschluß" aufzudecken.

Die Kundgebung Pius X. ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie gewissen Auslegern der Enzyklika Leos XIII. (seines Vorgängers) über die Arbeiterfrage durch die Parade fährt. Dr. Franz Kempel, einer der Befürworter konfessioneller katholischer Gewerkschaften in Deutschland (der sogenannten Fachabteilungen Berliner Richtung) erklärt in seiner Schrift über die christliche und die neutrale Gewerkvereinsbewegung, Leo XIII. habe durch seine „Arbeiterenzyklika" zu erkennen gegeben, daß das kirchliche Oberhaupt nur eine Art der Arbeitervereinigung will: die auf christkatholischer Grundlage beruhenden Arbeitervereine. „Der Papst verwirft durchaus und unmittelbar alle Arbeiterverbindungen, die unter Absehung von der christkatholischen Religion lediglich materielle Ziele und Zwecke verfolgen, also die der neuzeitlichen Gewerkvereine."

Die Anhänger der interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften aber haben die Enzyklika bisher anders interpretiert. C. Walterbach, der Vorsitzende des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine, sagt in einer von ihm besorgten Ausgabe der Arbeiterenzyklika in einer Fußnote:

„Die religiöse Schulung, die praktische Ausübung der religiösen Pflichten, wie sie der heilige Vater hier verlangt, kann daher nur durch die konfessionellen Arbeitervereine erfolgen. Das schließt aber in keiner Weise aus, daß die Mitglieder der katholischen Arbeitervereine sich in den rein wirtschaftlichen Fragen mit Andersgläubigen vereinigen, wie dies in den interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften der Fall ist. Leo XIII. verwirft nur die Vereinigungen, welche „dem Wohl der Religion und des Staates nicht entsprechen"; da die christlichen Gewerkschaften Religion und Staat anerkennen, werden sie vom heiligen Vater zwar nicht direkt erwähnt (sie bestanden ja noch nicht), aber zweifellos zugelassen."

Diese sehr gezwungene Auslegung ist durch die Kundgebung des jetzigen Papstes glatt über den Haufen geworfen. Sie ist, wie der „Osservatore Romano" sagt, als „hinterlistiger Trugschluß" aufgedeckt.

Rom hat gesprochen. Jetzt werden die christlichen Gewerkschaften Farbe bekennen müssen!

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 4. Januar.

Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter! Über die Bauten der Firma Torkuhl in Kücknitz (Zwischenmeister Mädel und Behrens) ist die Sperre verhängt worden. Kein organisierter Maurer und Bauhilfsarbeiter darf dort Arbeit annehmen.

Achtung, Stukkateure und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stukkateure und Hilfsarbeiter gesperrt.

Achtung, Hauseigentümer! Die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten gibt bekannt: Die Hauseigentümer der Stadt Lübeck und deren Vorstädte werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie verpflichtet sind, von allen in ihren Häusern vorgenommenen Veränderungen, die auf die Höhe der Beiträge zur Stadtwasserkunst Einfluß haben, der Verwaltung der Stadtwasserkunst spätestens 14 Tage nach Eintritt der Veränderung Anzeige zu machen.

Die Konjunktur der Brauereien im Jahre 1909. Der Handelskammerbericht meldet: Den Bierbrauereien wurde es durch das Zusammentreffen einer Reihe ungünstiger Umstände — strenger Winter, kalter Sommer, mißliche Erwerbsverhältnisse und verschärfter Wettbewerb — unmöglich gemacht, die allgemeine Produktionsverteuerung und die neue Brausteuer auf den Verbrauch voll abzuwälzen. Dieser ist namentlich seit der Erhöhung der Verkaufspreise wesentlich zurückgegangen. Unter diesen Umständen war die Rentabilität nur gering. Der Geschäftsgang der Braunbierbrauereien stand unter dem Einfluß der gleichen unbefriedigenden Verhältnisse, insbesondere ließ das äußerst ungünstige Wetter der Erntezeit eine Belebung des Absatzes nicht aufkommen. Die Preise der Rohmaterialien waren auch im Berichtsjahr hoch; zwar gingen sie für Gerste und Malz etwas zurück, doch hatte Hopfen einen seit langen Jahren nicht erreichten Preisstand. Das neue Brausteuergesetz traf die Braunbierbrauereien dadurch doppelt schwer, daß es neben dem Malz auch noch den Brauzucker der Steuer unterwarf. Da die Abwälzung der Steuer nicht voll möglich war und auch infolge der Agitation gegen die erhöhten Bierpreise im Herbst ein weiterer erheblicher Konsumrückgang eintrat, so dürfte eine gewinnbringende Weiterführung der Betriebe für die Folge vorerst kaum zu erhoffen sein.

Die Brauereibesitzer mögen sich hierfür bei den sämtlichen bürgerlichen Parteien bedanken; tragen diese doch infolge der von ihnen unterstützten uferlosen Heeres- und Flottenpolitik die Schuld an dem Dalles im Reiche und damit zur Entstehung jener sogen. Reichsfinanzreform, die nicht nur die minderbemittelten Schichten, sondern auch ganze Erwerbszweige enorm belastet, bei. Daß die Arbeiter hierunter in erster Linie zu leiden haben, versteht sich am Rande!

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Dezember auf 870 (911), die der Besucher auf 993 (1059). — Die eingeklammerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 83 Personen. Auskünfte wurden erteilt 990 (1005), darunter nach auswärts schriftlich 41 (14). Von den Besuchern waren organisiert 506 (528) Personen, und zwar gewerkschaftlich 365, politisch 24, gewerkschaftlich und politisch 117. Unter den verbleibenden 487 Nichtorganisierten befinden sich 174 Angehörige von Organisierten und 30 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 642 (705) männlich, 348 (352) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 918 (943); selbständige Gewerbetreibende, Beamte 2c. und deren Angehörige 77 (114); Organisationen 3 (2). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 796 (826) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 58 (73), Oldenburg 60 (72), Mecklenburg 42 (48), Preußen 33 (37), und sonstwo 4 (3). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung 214 (203), Arbeits- und Dienstvertrag 194 (223), bürgerliches Recht 409 (371), Strafrecht 63 (61), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 62 (98), Arbeiterbewegung 6 (1), Privatversicher. 11 (17), Handels- und Gewerbesachen 15 (12), Verschiedenes 16 (21). Von den Auskünften machten 165 (160) die Anfertigung von 170 (163) Schriftsätzen erforderlich; außerdem gingen aus 26 (24) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 142 (141) Postsendungen. Den 2. Dezember zeigte mit 69 (73) die Höchste, den 22. Dezbr. mit 12 (21) die niedrigste Besucherzahl.

Die Warenhaussteuer, wie sie von seiten der gemeinsamen Kommission von Senat und Bürgerschaft innerhalb der Gewerbesteuervorlage vorgeschlagen wird, unterzieht die Firma Rud. Karstadt in einer Eingabe an den Bürgerausschuß einer eingehenden Erörterung. Mit Recht kommt die Firma zu dem Resultat, daß die Einführung einer Warenhaussteuer einer Erdrosselungssteuer gleichkommt. Wir werden auf Einzelheiten der Eingabe gelegentlich unserer demnächstigen Besprechung der ganzen Gewerbesteuervorlage zurückkommen.

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika. „Prinz Friedrich Wilhelm" ab Bremen 4. Januar, „Blücher" ab Hamburg 6. Januar, „Kronprinz Wilhelm" ab Bremen 11. Januar, „Cincinnati" ab Hamburg 13. Januar, „Großer Kurfürst" ab Bremen 15. Januar, „Amerika" ab Hamburg 22. Januar, „Kaiser Wilhelm der Große" ab Bremen 25. Januar, „Main" ab Bremen 29. Januar, „Prinzeß Irene" ab Bremen 5. Februar, „George Washington" ab Bremen 8. Februar, „Kaiserin Auguste Victoria" ab Hamburg 12. Februar. Postschluß nach Ankunft der Frühzüge. Alle diese Schiffe, außer „Prinz Friedrich Wilhelm", „Blücher", „Cincinnati", „Main", „Prinzeß Irene" und „George Washington", sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgang die schnellste Beförderungsgelegenheit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leitvermerk wie „direkter Weg" oder „über Bremen oder Hamburg" zu versehen. Die Portoermäßigung erstreckt sich nur auf Briefe, nicht auch auf Postkarten, Drucksachen usw. und gilt nur für Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika, nicht auch nach anderen Gebieten Amerikas, z. B. Kanada.

Aus dem Gerichtssaal. Der mehrfach wegen Diebstahls vorbestrafte Zimmermann B. entwendete im November vom Hausflur der Frauen-Gewerbeschule in der Johannisstraße mehrere Schürzen. Seine Tat war jedoch beobachtet worden und man verfolgte ihn. Auf der Flucht entledigte er sich zwecks besseren Fortkommens des gestohlenen Gutes. Es nutzte jedoch nichts; er wurde ergriffen und verhaftet. Jetzt soll er auf 4 Monate die ungastlichen Räume der Strafanstalt Lauerhof beziehen. — Der Glasschleifer R., der im August 1908 in Grebenhagen beim Brunnenbohren beschäftigt war, wurde eines Tages von seinem Logiswirt, dem Krämer Kloth, vermißt. Mit ihm war jedoch auch ein dem K. gehörender Anzug verschwunden. Doch das Auge des Gesetzes wacht. R. wurde ermittelt und nun von der hiesigen Strafkammer ob seiner Missetat zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. — Ein 16jähriges Dienstmädchen soll von den beiden Knechten H. und R. aus Sarkwitz tätlich beleidigt worden sein. Während H. freigesprochen wurde, muß R. 30 Mk. Geldstrafe zahlen oder 10 Tage lang hinter schwedischen Gardinen sitzen.

Das Schulgeld für die Schüler der höheren Lehranstalten und der Mittelschulen ist von heute ab bis zum 17. Januar bei der Kasse der Oberschulbehörde zu entrichten.

Handelsregister. Am 3. Januar 1910 ist eingetragen bei der Firma F. O. Klingström in Lübeck: Der Kaufmann J. G. O. Warncke in Lübeck ist als persönlich haftender Gesellschafter in das Geschäft eingetreten. Die dadurch begründete Offene Handelsgesellschaft hat am 1. Januar 1910 begonnen. Die Prokura des J. G. Warncke ist erloschen.

Risiko der Arbeit. Gestern morgen gegen 7 Uhr verunglückte der auf der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft beschäftigte Bohrer Ewald dadurch, daß er durch eine offenstehende Luke in den Raum einer Schute stürzte und, soweit festzustellen war, eine ca. 4 Ztm. lange Wunde am Hinterkopfe davontrug. Der Verletzte mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben.

Ein Frühlingsbote wurde uns heute vormittag in die Redaktion gebracht — es ist ein munterer Maikäfer, den die warme Temperatur der letzten Tage aus seinem Versteck hervorgelockt hatte. Eine ganze Anzahl von diesen Käfern soll in einem Garten der Moislinger Allee vorhanden sein. Schade, daß die Maiennachtschwärmer sich in der Zeit verrechnet haben.

Das Polizeiamt erläßt folgende Bekanntmachung: Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß die an den Häusern verschiedener Straßen hiesiger Stadt angebrachten, mit Photographien zur Ansicht versehenen Schaukästen des photographischen Ateliers „Lubeca", anscheinend von ruchloser Hand mit Gewalt von ihrem Platze entfernt und an anderer Stelle angehängt oder auch vernichtet und beiseite geschafft worden sind. Zuletzt ist, wahrscheinlich in der Silvesternacht, ein solcher an einem Hause der unteren Hüxstraße angebrachter Schaukasten auf die geschilderte Weise verschwunden; Personen, die einen solchen Vorgang bemerkt, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminal-Polizei zu melden. Der Eigentümer der Schaukästen sichert demjenigen, der einen Täter derartig bezeichnet, daß er zur Bestrafung herangezogen werden kann, eine Belohnung von 25 Mk. zu.

Die Fünfzigpfennigstücke der älteren Geprägeformen mit der Wertangabe „50 Pfennig" gelten seit dem 1. Oktober 1908 nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Sie werden jedoch bis zum 30. September 1910 bei den Reichs- und Landeskassen zu ihrem gesetzlichen Werte sowohl in Zahlung genommen, als auch gegen Reichsmünzen umgetauscht. Die Verpflichtung zur Annahme und zum Umtausch findet auf durchlöcherte und anders als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewicht verringerte Münzstücke keine Anwendung.

pb. **Unfug.** Einem Steinschläger wurden von seiner Arbeitsstelle unweit der alten Eisenbahnbrücke bei der Sophienstraße zwei Steinschläger-Schutzwände, etwa 2½ Meter hoch und 1,90 Meter bezw. 1,40 Meter breit, in den Neujahrsfeiertagen weggenommen. Vermutlich wurden sie durch unfugtreibende Personen verschleppt.

pb. **Schwindel!** In letzter Zeit sind wiederholt Frauen, die sich hier mit der Wahrsagerei befaßten, wegen groben Unfugs bestraft worden.

I. O. G. T. Die Logen des internationalen Guttempherordens hatten vergangenen Sonntag ihre Mitglieder und Freunde zu einem Neujahrsfeste im Kolosseum geladen. Konzert, Theateraufführung und Tanz hielten die fröhliche Gesellschaft bis nach 2 Uhr zusammen. Zur großen Freude der Veranstalter waren mehr Gäste erschienen, als man erwartet hatte. Kein Mißton störte die Veranstaltung, die wieder den Beweis erbrachte, daß man auch ohne den Genuß geistiger Getränke vergnügt sein kann.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Heute, Dienstag, kommt Shakespeares Tragödie „Othello, der Mohr von Venedig" zur Wiederholung. — Am Mittwoch gelangt bei ermäßigten Preisen Schillers Drama „Don Carlos" zur nochmaligen Aufführung. — Am Donnerstag geht Meyerbeers große Oper „Die Hugenotten" nochmals in Szene. — Für Sonnabend befindet sich die Tragödie „König Lear" von Shakespeare mit Herrn Brunow in der Titelrolle in Vorbereitung.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Donnerstag kommt das Schauspiel „Dorf und Stadt" von Charlotte Birch-Pfeiffer zur nochmaligen Aufführung. (Vorverkauf der Billetts siehe Inserat.)

Schwartau. Der Schwartauer Gemeinderat genehmigte in seiner letzten Sitzung den Antrag, 30 000 Mk. Aktien für die Bahn Lübeck-Neustadt zu übernehmen, nachdem der Vorschlag, 60 000 Mk. zu zeichnen, abgelehnt worden war.

Ahrensbök. Pleite. Über das Vermögen der Eierverkaufsgenossenschaft, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, ist das Konkursverfahren eröffnet worden.

Schönberg. Das Eisenbahnprojekt „Schönberg—Carlow" ist jetzt soweit gediehen, daß dem Komitee für die Erbauung einer schmalspurigen Kleinbahn von Schönberg nach Carlow von der Regierung die Erlaubnis erteilt ist, die Vorarbeiten, die von einer Berliner Firma ausgeführt werden sollen, jetzt vornehmen zu dürfen. Die Bahn wird voraussichtlich ihren Weg nehmen von hier nach Sabow, Rabensdorf, Torrisdorf, Klein- und Groß-Rüng, Carlow. Die ganze Strecke hat eine Länge von 14 Kilometer und wird auf rund 400 000 Mk. veranschlagt. Es wird nun darauf ankommen, wie der Landtag sich zu dem Projekt stellen wird.

Oldesloe. Vom Automobil totgefahren. Sonnabend nachmittag gegen 5 Uhr fuhr ein Automobil, das von Hamburg kam, die Hamburgerstraße entlang; es schien vor dem Gasthof „Zum Tannenbaum" Halt machen zu wollen. Hierbei geriet der zwölfjährige Sohn Otto des Arbeiters Kleinig, der dort mit mehreren Kindern spielte, unter das Auto. Er erlitt außer Verletzungen am Rücken einen schweren Schädelbruch und war sofort tot. Die Insassen des Autos, einige Hamburger Herren, begaben sich sofort zur Polizei; sie wurden dort vernommen und dann wieder entlassen. Der Führer des Automobils sagte aus, daß ihn keine Schuld an dem Unglück treffe, da der Knabe direkt vor dem Auto herumgesprungen sei und er das Gefährt nicht schnell genug habe zum Stehen bringen können. Augenzeugen dagegen behaupten, daß das Automobil mit unvernünftiger Geschwindigkeit gefahren sei.

Hamburg. Kollisions- und Seeschäden. Der englische Dampfer „Lapland", der von hier nach Manchester abging, geriet auf der Unterelbe mit dem Dampfer „Darmeet" in Kollision, wobei beide Schiffe Schäden erlitten, die sich jedoch oberhalb der Wasserlinie befinden, sodaß sie einstweilen die Reise fortsetzen konnten. Die englische Viermastbark „Falls of Dee", die, von Chili kommend, hier eintraf, hat auf der Reise mit sehr schlechtem Wetter zu kämpfen gehabt und durch Sturzseen Schaden an Deck erlitten, sowie mehrere Segel verloren. — Von allen Mitteln entblößt hatte sich in Argentinien der Arbeiter Jno Scudi an Bord des Dampfers „Istria" geschlichen und war als „blinder" Passagier mit nach Hamburg gekommen. Hier ist dem Mann die Landung verweigert worden. — Durch starken Nebel wurde vorgestern und in letzter Nacht die Schiffahrt fast lahmgelegt.

Hamburg. Große Beute machten Einbrecher in einem Hause am Holstenwall. Es fielen ihnen sechs Stück ungarische Goldrente zu 1000 Gulden mit Kupons, ein Braunschweiger 20 Talerlos, Serie 777, ein Wiener Kommunallos von 1874, eine Oldenburger Prämienanleihe von 1866 mit Kupons, eine Aktie des Norddeutschen Lloyd über 1000 Mk., Nr. 1239, fünf Stück Westdeutsche Bodenkreditpfandbriefe Nummer 2798 bis 2802, mit Kupons, ein Hypothekenbrief über 30 000 Mk., sowie 45 000 Mk. in Tausend- und Hundertmarkscheinen in die Hände. Für die Herbeischaffung der Wertsachen ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt worden.

Hamburg. In den Lichthof gestürzt ist gestern in der Sellerstraße ein in einem Theater beschäftigter Chorführer. Im Scherz kletterte er vom Treppengeländer aus in das Toilettenfenster einer Wohnung. Hierbei glitt er aus und fiel in Höhe der 4. Etage durch ein Glasdach ins Parterre. Er erlitt schwere Verletzungen. — In der Altstädterstraße Nr. 33 sprang in selbstmörderischer Absicht eine taubstumme Frau aus dem Fenster der 3. Etage auf den Hofplatz; sie trug schwere Verletzungen davon. Eifersucht soll die Lebensmüde zu ihrer Tat veranlaßt haben. — Am Sonntag hat sich der hier bei seinen Eltern zu Besuch weilende Hausinspektor des Neuen Theaters in Berlin, P. Müller, wegen Familienstreitigkeiten erschossen.

Hamburg. Die Arbeiten für die Hoch- und Untergrundbahn sind seit einiger Zeit auch im Binnenhafen in vollem Gange. Bekanntlich wird die Bahn, um vom Rödingsmarkt nach dem Baumwall zu gelangen, quer über den Binnenhafen geleitet, und zu diesem Zweck muß ein mächtiger Viadukt über denselben errichtet werden. Es ist mit großen Schwierigkeiten verknüpft, die Fundamente dazu, die tief in das Flußbett hineingesenkt werden müssen, zu errichten. Man hat zunächst mit eingerammten mächtigen Eichenbohlen rechteckige Räume abgegrenzt und ist nun dabei, dieselben leer zu pumpen. Auf dem Grunde dieser Räume werden dann mit Betonmassen die Fundamente erbaut und diese mit granitnen Quadersteinen umkleidet. Eine Anzahl der letzteren sind bereits vor einigen Tagen angefahren worden.

Lehe. In der Nacht zum Sonnabend ist die große Dampfmühle des Herrn Allers total niedergebrannt. Nur die Maschinen sind unbeschädigt geblieben. Gegen 10 000 Sack Mehl und Korn wurden durch das Feuer zerstört. Der Schaden wird auf 500 000—600 000 Mk. geschätzt.

Bremen. Über den Dammdurchbruch bei der im Bau befindlichen Kammerschleuse wird weiter geschrieben: Die Schleusenbaugrube ist mit einem etwa 500 Meter langen Schutzdamm eingeschlossen gewesen, von welchem etwa 20 Meter durchgebrochen und fortgerissen sind, während der Damm im übrigen intakt ist. Ebenso sind seit Februar v. J. im ganzen etwa 2000 laufende Meter Spundwände gerammt worden, von denen etwa 14 Meter gebrochen und etwa 20 Meter beim Durchbruch fortgerissen sind, während die sämtlichen übrigen Spundwände völlig in Ordnung sind. Auch stehen bis auf zwei kleinere sämtliche Lokomobilen über Wasser und ebenso die Hälfte der Motore.

Bremerhaven. Im Hafen von Leith ertranken zwei Matrosen des Schoners „Heinrich" aus Geestemünde infolge Kenterns eines Bootes, in welchem sie mit dem Kapitän zum Schiffe zurückkehren wollten. Sie hatten sich an Land begeben, um an die Reederei ein Telegramm aufzugeben.

Neu-Ruppin. Teures Brennmaterial. 170 Mark Papiergeld verbrannten einem Grundbesitzer in dem Dorfe Tamnitz. Er benutzte den Ofen in seinem Wohnzimmer als Geldschrank, um gegen Diebstahl gesichert zu sein. Seine Frau, die von diesem Versteck keine Ahnung hatte, machte eines Tages Feuer darin an und das Geld ging in Rauch auf.

Theater und Musik.

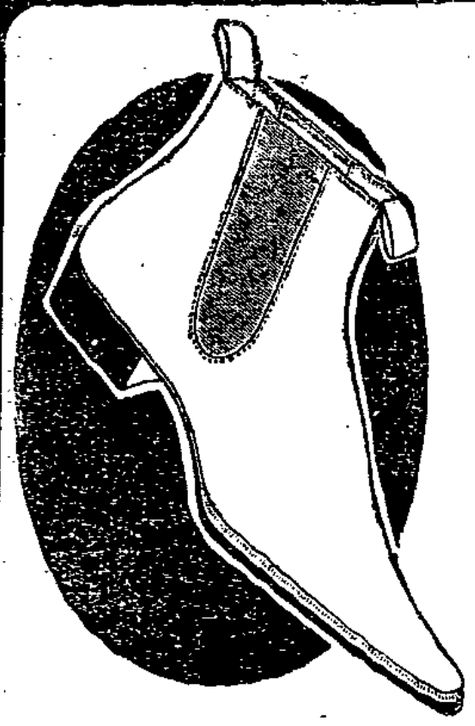
Stadthalle. Wie in den Vorjahren, wird Herr Direktor Feldhusen auch in diesem Sommer das Stadthallen-Theater übernehmen. Neben Schauspielvorstellungen sollen auch Operettenaufführungen gegeben werden.

Genossenschaftsbewegung.

Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und die neuen Steuern. Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie glaubt die den Machern der neuen „Finanzreform" sehr unangenehme Erregung der Verbraucher dadurch etwas beschwichtigen zu können, daß er in einem illustrierten Flugblatt „auf Grund des zuverlässigsten wissenschaftlichen Materials" die neuen Steuern zu erklären sucht. Veranlassung dazu hat ihm das von der Sozialdemokratie verbreitete Flugblatt gegeben, das in drastischer Weise die Wirkungen der neuen Steuern bildlich veranschaulichte. Der Reichsverband nennt das einen „unerhörten Volksbetrug" und rechnet in seinem Flugblatt vor, wie die Verteurung durch die neuen Steuern nach „wissenschaftlicher" Methode wirkt. Nach dieser Berechnung wird ein halber Liter Bier nur um 1/10 Pfennig verteuert, so „daß weder eine Erhöhung des Ausschankpreises noch eine Verkleinerung der Gläser durch die neue Steuer bedingt ist, daß vielmehr schon der beim Ausschank reichlich gelieferte Schaum einen vollen Ersatz für die alte und neue Besteuerung gibt". Verteuert würde durch die neuen Steuern Schnaps nur um zehn Prozent, die Tasse Kaffee nur um 25/120 Pfennig, die Fünfpfennigzigarre nur um 0,24 Pfennig, die Zehnpfennigzigarre nur um 0,83 Pfennig und die Schachtel Streichhölzer nur um 1½ Pfennig. Die Streichholzsteuer „soll im Jahre 25 Millionen Mark bringen, demnach im Jahre 39 Pfennig auf den Kopf der Bevölkerung, also noch keinen Pfennig in der Woche!"

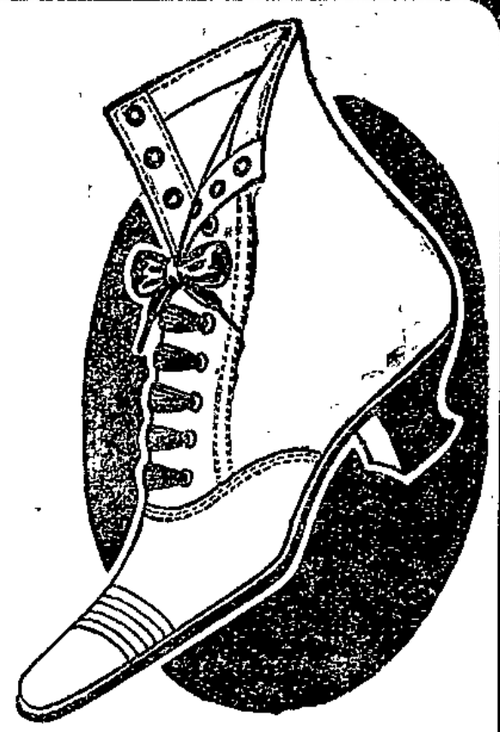
Für die Verbraucher haben diese nach „zuverlässigster wissenschaftlicher" Methode ausgeführten Berechnungen auch nicht den geringsten Wert, da sie die durch die Zwischenhändler und Produzenten bewirkten Aufschläge ohne Berücksichtigung lassen. Die Praxis rechnet nicht mit halben und hundertstel Pfennigen. Nach der Rechnung des Reichsverbandes stellt sich die Verteuerung des Bieres pro Hektoliter auf 1,35 Mk., dabei haben zahlreiche Brauereien den Preis bis um 4 Mark hinaufgeschraubt. Die Spirituoseninteressenten haben nicht nur 10 Prozent, sondern 40 Prozent aufgeschlagen. Ebenso nehmen die Kaffeehausbesitzer nicht 25 25/120 Pfennig, sondern 30 Pfennig für die Tasse Kaffee; die Fünfpfennigzigarre wird um einen Pfennig, die Zehnpfennigzigarre um zwei Pfennig teurer verkauft; Streichhölzer kosten nicht 25 Pfg., sondern 30 Pfg. Übrigens wirkt der in dem Flugblatte des Reichsverbandes zum Ausdruck gebrachte Unwille über die Verteuerung durch Zwischenhandel und Produzenten nur komisch, denn die Steuern sind doch eben mit der Absicht der Abwälzung auf die Masse der Verbraucher gemacht worden. Dabei ist allerdings die Preisabrundung nach oben vielfach etwas sehr hoch geworden. Bestände eine stärkere Konsumgenossenschaftsbewegung, so wäre dem Zwischenhandel und den Produzenten die ungebührliche Verteuerung allerdings nicht geglückt. Leider trägt aber gerade der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nach Kräften zur Diskreditierung der Konsumgenossenschaftsbewegung bei, wobei er aus politischen Gründen die wirtschaftlichen Gegner der Konsumvereine an niedriger Kampfesweise noch überbietet.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.



Mittwoch

5.
Januar



Beginn unseres diesjährigen

Inventur-Räumungs-Verkaufs!!

W. Blumenthal

Kohlmarkt, Ecke Sandstraße. Schwartauer Allee, Ecke Geverdesstr.

Gebr. Hirschfeld, Lübeck, Breitestr. 39-41.

Unser diesjähriger grosser

Inventur-Ausverkauf

beginnt am **Mittwoch, dem 5. Januar.**

Laut gesetzlicher Verordnung dürfen Inventur-Ausverkäufe nicht länger als 14 Tage dauern.

Um während dieser verhältnismäßig kurzen Zeit mit unseren Lägern zu räumen, haben wir die Preise

ganz kolossal herabgesetzt.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 2. Dienstag, den 4. Januar 1910. 17. Jahrg.

Die Wirkung der Krise im Jahre 1908.

Aus den Rechenschaftsberichten der Arbeiterversicherung kann man die Wirkung der Krise beobachten. Jetzt sind die Rechenschaftsberichte der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1908 herausgegeben. Schon die Schlußsummen der versicherten Arbeiter zeigen, daß das Jahr 1908 ein Krisenjahr war. Während die Zahl der versicherten Arbeiter, entsprechend der Zunahme der Bevölkerung, sonst bei 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften im Durchschnitt der letzten fünf Jahre jährlich um 388 000 Versicherte steigt, wird für 1908 ein Rückgang von 100 595 verzeichnet. Die Zahl der Versicherten blieb also hinter den zu erwartenden Ziffern um 488 000 zurück. Die Krise wirkt aber nicht gleichmäßig. 22 Berufsgenossenschaften berichten über Zunahme der Versicherten, so z. B. hat die Knappschaftsberufsgenossenschaft noch eine Zunahme von 66 000 Versicherten. Die 22 Berufsgenossenschaften mit Zunahme zeigen eine Steigerung von 3 838 060 auf 3 918 230 Versicherte, während bei den 44 Berufsgenossenschaften mit Abnahme ein Rückgang von 5 180 298 auf 4 999 542 Versicherte, also von 180 756 eintrat. Die Krise setzte nicht gleichzeitig bei allen Gewerben ein. Während bei den meisten Gewerben die ersten Monate des Jahres 1907 noch eine Periode der Hochkonjunktur waren, war das ganze Jahr 1907 für das Baugewerbe schon ein Jahr des Rückganges. Von den 12 Baugewerksberufsgenossenschaften hatten 1907 nur noch die hamburgische, die hannöversche, die bayrische und die südwestdeutsche Baugewerksberufsgenossenschaft steigende Ziffern. Acht Baugewerksberufsgenossenschaften zeigten 1907 schon einen solchen Rückgang, daß die Ziffern der Versicherten bei den 12 Baugewerksberufsgenossenschaften von 1 376 208 im Jahre 1906 auf 1 297 922 im Jahre 1907 sank. 1908 hat nur die württembergische Baugewerksberufsgenossenschaft eine Zunahme von 9500, bei den zwölf Baugewerksberufsgenossenschaften sank die Zahl der Versicherten auf 1 260 270, also seit 1906 ein Rückgang von 115 938 Versicherten.

Bei der Großeisenindustrie trat die Krise 1908 ein. Da für diesen Industriezweig eine Produktionsstatistik geführt wird, braucht man sich hier nicht auf die Ziffern der Berufsgenossenschaft zu stützen. Hier zeigt das Jahr 1908 im Vergleich zum Vorjahr folgendes Bild: Die mittlere Belegschaft wies auf an Kopfzahl:

	1907	1908
In den Hochofenwerken	45 201	43 532
In den Gießereibetrieben	119 794	113 814
In den Schweißeisenwerken . . .	18 881	17 878
In den Flußeisenwerken	183 706	179 349
	367 582	354 083

Einen entsprechenden Rückgang zeigen denn auch die weiterverarbeitenden Industrien, der Maschinenbau, Kleineisenindustrie usw.

Besonders starken Rückgang haben auch die Holzberufsgenossenschaften, die Ziegelei- und die Töpfereiberufsgenossenschaft. Im Transportgewerbe sind die Binnenschifffahrtsberufsgenossenschaft und die Seeberufsgenossenschaft mit Rückgang verzeichnet. Die Krise ist immer noch nicht überwunden. Während im Sommer eine leichte Besserung eintrat, und im August die Zahl der Beschäftigten über die Zahl der im August 1908 Beschäftigten stieg, zeigt nach der neuesten Nummer des Reichsarbeitsblattes der Monat November wieder einen starken Rückgang in der Beschäftigung, sodaß am 1. Dezember die Zahl der Beschäftigten zwar noch etwas höher war als am 1. Dezember 1908, aber sie bleibt noch hinter der Zahl des Jahres 1907 zurück. An dem Rückgang im Monat November ist das Baugewerbe wieder am stärksten beteiligt, aber auch die Bekleidungsindustrie, die elektrische Industrie und die Nahrungsmittelindustrie verzeichnen starke Rückgänge in der Beschäftigung.

Fordern die Arbeiter Verkürzung der Arbeitszeit, dann schreien die Kapitalisten, daß die Industrie die Last nicht tragen kann. Aber die Arbeiter müssen die Plage der Arbeitslosigkeit erdulden. Dieser Übelstand muß durch eine wirksame Arbeitslosenversicherung bekämpft werden.

Die russische Geheimpolizei an der Arbeit.

Die russische Regierung hat endlich ein probates Mittel gefunden, den Enthüllungen über das Treiben der Geheimpolizei in dem Lockspitzelquartier an der Astrachanstraße, die sogar zu einem Sinken der russischen Papiere an der Londoner Börse geführt haben, Einhalt zu gebieten. Wie aus Petersburg gemeldet wird, hat der Stadthauptmann, General Dratschewski, der Residenzpresse das strengste Verbot erteilt, über das „Attentat" gegen Oberst Karpow zu berichten. (In der Tat findet sich in den jetzt eingetroffenen Petersburger Zeitungen kein Wort über die Karpow-Affäre.) Zu diesem Mittel hat die Regierung nicht einmal zur Zeit der Enthüllungen der Asew, Harting und Shutschenko gegriffen, ein Zeichen, wie sehr sie sich durch die Aufdeckung der provokatorischen Tätigkeit des Chefs der Petersburger Geheimpolizei bloßgestellt fühlt. Das Dunkel, das zum Teil noch über der Karpowaffäre schwebt, soll durch dieses Verbot künstlich aufrecht erhalten und die öffentliche Meinung des In- und Auslandes in noch größerem Maße als bis jetzt von offiziöser Seite irregeführt werden. Indessen haben die bisherigen Veröffentlichungen gerade der konservativen Preßorgane soviel sorgsam gehütete Geheimnisse ans Licht gezerrt und das verbrecherische Treiben der Geheimpolizei so grell beleuchtet, daß das Zensurverbot den Regierungsbanditen an der Neva kaum etwas nützen wird.

Besonders viel wertvolles Material hat auch diesmal, wie zur Zeit der Asew-Affäre, die „Nowoje Wremja" geliefert, die zu den Leitern der Geheimpolizei die intimsten Beziehungen unterhält, und deren „Geschäftstüchtigkeit" oft über den „Patriotismus" den Sieg davonträgt. Vor allem stellt das Blatt fest, daß für die „legendären Gerüchte" über den „selbstexplodierenden Gendarmen" Gründe vorhanden sind. „Die letzten Affären auf dem Gebiete der politischen Spionage haben für die unglaublichsten Voraussetzungen eine gewisse Grundlage geschaffen." Aber auch unabhängig davon konstatiert offiziöse Blatt, daß die Karpow-Affäre zum mindesten sonderbar erscheint.

Im allgemeinen erkennt das Blatt an, daß solche Beziehungen, die zwischen Oberst Karpow und Woskresenski bestanden, für die politische Spionage als vollkommen normal angesehen werden und so wünschenswert erscheinen, daß z. B. in dem gegebenen Falle das Gerichtsurteil gegen Woskresenski auf administrativem Wege (!) aufgehoben und er aus der Deportation zurückgeholt wurde. Auch die Errichtung von „konspirativen Wohnungen", will sagen von Lockspitzelquartieren, erscheint der in Spionageangelegenheiten gut eingeweihten Persönlichkeit, der die „Nowoje Wremja" ihre Kenntnisse verdankt, als vollkommen normal, aber gewöhnlich tritt als Inhaber der Wohnung irgend ein verheirateter Spitzel, in keinem Falle aber der „geheime Mitarbeiter" selbst auf. „Warum Oberst Karpow — bemerkt die eingeweihte Persönlichkeit — einer solchen Situation bedurfte, ist mir vollkommen unbegreiflich." Ebenso unbegreiflich erscheint es dem Blatte, warum Oberst Karpow von der geheiligten Tradition abwich, seinen „geheimen Mitarbeiter" Woskressenski von anderen Spitzeln bewachen zu lassen, und sogar Vorbereitungen traf, auf einige Tage nach dem Spitzelquartier in der Astrachanerstraße zu ziehen. „Am folgendem Tage (8/21 Dezember) sagte Oberst Karpow seinem Diener, daß er sich mit ihm nach dem Wyborger Stadtteil, in die Wohnung von Woskresenski begeben solle, und daß sie dort einige Tage verbringen würden. Zu welchem Zweck er das tat, hat Karpow seinem Diener nicht mitgeteilt."

Es genügt, wenn hier noch hinzugefügt wird, daß Oberst Karpow, wie die „Nowoje Wremja" selbst mitteilte, das Spitzelquartier etwa eine Woche vor der Explosion mietete, zusammen mit Woskresenski den Möbelankauf besorgte und besonderes Interesse für die Anlage der elektrischen Leitungen, die in der Folge zur Explosion führten, an den Tag legte. Ferner ist es von Interesse, daß das Protokoll der kriminal-medizinischen Untersuchung der Leiche des Obersten Karpow konstatiert, daß die Haupt- und Barthaare vollkommen versengt waren und die Gesichtshaut Spuren von Brandwunden zeigte. Alle diese Tatsachen haben in den politischen Kreisen Petersburgs die Ansicht gefestigt, daß Oberst Karpow nicht, wie offiziell dargelegt wird, in eine „Falle" gelockt wurde, sondern bei den Vorbereitungen zu irgend einem teuflischen Unternehmen infolge eines Zufalles in die Luft flog. Es wäre auch sonderbar, wenn Oberst Karpow, der auf seinen früheren Posten in Rostow und Baku die Lockspitzelei bis zur Virtuosität ausgebildet, und der darum als die geeignetste Persönlichkeit betrachtet wurde, um die Petersburger Geheimpolizei zu leiten, sich in eine Falle hätte locken lassen. Als weiteres Argument dagegen wird angeführt, daß ein Attentat, wenn ein solches wirklich geplant worden wäre, mit weit einfacheren Mitteln hätte bewerkstelligt werden können.

Wie dem auch sei, die Einzelheiten der ganzen Affäre lassen die Frage über die Motive der Tat und die Person des Täters als vollkommen nebensächlich erscheinen. Ob der „geheime Mitarbeiter" Woskressenski, wie die die „Nowoje Wremja" feststellt, identisch ist mit dem Michail Woskressenski, der im Sommer als agent provocateur entlarvt wurde, oder ob er, wie Burzew jetzt behauptet, der Revolutionär Alexander Petroff ist, der gegen Karpow einen Racheakt ausübte — in beiden Fällen hat der Chef der Petersburger Geheimpolizei einen neuen Asew heranzuzüchten gesucht und zu diesem Zweck Gerichtsurteile umgestoßen, Pässe gefälscht, Staatsgelder mit vollen Händen ausgestreut und fiel schließlich, im guten Glauben an die Zuverlässigkeit seines Mitarbeiters, einem Unternehmen zum Opfer, das, wenn es verwirklicht worden wäre, vielleicht die Welt mit Entsetzen erfüllt hätte . . .

Am Webstuhl der Zeit.

Sozialpolitischer Roman in drei Büchern
von A. Otto Walster.

135. Fortsetzung.

Und ohne daran zu denken, daß diese Flaschen nicht sein, sondern der Frau von Sokolow Eigentum, reichte er eine nach der anderen über die Mauer den durstigen Arbeitern zu.

„Alle Wetter," rief der eine, indem er nach kräftigem Schluck die Flasche einem Kameraden übergab, „es scheint, daß wir gut angekommen sind. So einen Schluck habe ich mein Lebtag noch nicht auf der Zunge gehabt."

„Könnt Ihr denn auch gut arbeiten?"

„Bei guter Behandlung arbeitet jeder Arbeiter gut."

„Und wißt Ihr denn auch, was für Arbeit auf Euch wartet?"

„Es ist uns draußen so ein Zinken gesteckt worden, es soll einmal etwas anderes versucht werden, von Volks wegen?"

„So ist's, und Ihr seid entschlossen dazu?"

„Ei nun, wir denken, es ist endlich hohe Zeit, so geht's nun doch nicht mehr lange fort."

„Ihr sollt uns hier gleich einen Transport geleiten. Seid Ihr bereit?"

„Sie sind der Arbeitgeber, wir haben hier nur zu gehorchen."

„Habt Ihr denn schon Abendbrot gegessen?"

„Wir haben das zur Ankunft verschoben, aber wir halten's schon noch ein Weilchen aus."

„Kinder, das paßt mir nicht; mit leerem Magen ist schlecht arbeiten und wir haben wohl noch ein halbes Stündchen Zeit. Wie viel seid Ihr denn?"

„Wir sind unserer zwanzig von L. aufgebrochen, haben aber zwei Marode zurücklassen müssen."

„Und wer ist denn Euer Obmann?"

„Der Erich Schlegel."

„So, Herr Schlegel, hier haben Sie zwanzig Taler, ein paar Häuser hier herunter auf derselben Straßenseite ist eine Gastwirtschaft, dort stärkt Euch in aller Eile und kommt dann wieder hierher."

„Soll das übrige Geld in der Kasse bleiben, oder soll es verteilt werden?"

„Es bleibt in der Kasse; heute abend bekommt jeder einzelne seinen Wochenlohn, und nun sputet euch."

„Ein prächtiger Schlag Menschen," murmelte der Philosoph, „so schlicht und kernig. Herr Gott im Himmel, wenn ich hundert Millionen Taler hätte, ich würde die Welt umreißen. O, Onkel Seidenspinner, warum hast Du mir so wenig hinterlassen, ich hätte Dir die dreihundert Taler Pension auch noch im Jenseits bezahlt."

Indem er hierauf die auf die Mauer gestellten Flaschen wieder auf den Tisch brachte, fiel ihm eine neue Besorgnis ein:

„Olga wird denken, ich habe den ganzen Wein getrunken, und ihr gestehen, daß ich das Eigentum ihrer Mutter an andere verschenkt, wird mir bei ihr auch nicht zur Ehre gereichen. Ah was, ich werfe den Tisch um, es wird in diesen Tagen noch mehr entzwei gehen, und den Schaden kann ich ja bezahlen."

Kaum gedacht, so auch geschehen; im nächsten Augenblicke fiel unter lautem Gekrach und Geklirr der Tisch mit allem, was darauf war, zu Boden. Herr Mensch rieb sich vergnügt die Hände, wurde aber nicht wenig erschreckt, als unmittelbar darauf Olga mit einem Lichte auf dem Schauplatze der Zerstörung eintraf und mit vorwurfsvollem Tone ausrief:

„Aber, Herr Mensch, was richten Sie denn hier für Unheil an?"

„Bitte tausendmal um Entschuldigung, ich sah Sie mit dem Lichte kommen, wollte Ihnen entgegeneilen und habe dabei an den Tisch gestoßen."

„Und meine schöne Tasse, die ich von meinem verstorbenen Papa geerbt. Nein, Sie sind ein ganz abscheulicher Mensch."

Olga sprach dies in so weinerlichem Tone, daß der Philosoph ganz außer Fassung geriet und in seiner Verwirrung beteuerte:

„Hätte ich gewußt, daß Ihre Tasse darauf stand, so hätte ich sie gewiß vorher weggenommen. Was war es denn für eine Tasse?"

„Eine blaue mit Gold, es ist die einzige, die ich von ihm habe."

„Eine blaue mit Gold? Warten Sie einmal, ist da nicht die Untertasse dazu."

„Ja, die ist es, ein Wunder, daß sie ganz geblieben."

„Und hurra, hurra, die Obertasse ist auch noch ganz", rief der Glückliche, und sprang vor Freuden in den Glas- und Porzellanscherben herum.

„Ist es wahr, ist es möglich?" rief Olga freudig überrascht, nun, dann ist der Schaden zu verwinden, und ich will Ihnen auch nicht böse sein."

„Sie geben mir das Leben wieder, ich hätte mich nicht wieder beruhigen können."

„Das ist hübsch von Ihnen, aber jetzt kommen Sie, wir haben zusammengesucht, Mama will auch Wein mitnehmen, aber es fehlt uns an Leuten."

„Haben Sie keine Sorge, ich habe inzwischen eine Leibgarde angeworben, 18 Mann, die nehmen nötigenfalls das ganze Haus mit."

Eine Viertelstunde später verließ ein ansehnlicher Zug das Haus und bewegte sich auf möglichst abgelegenen Wegen nach der Vorstadt, in welcher Helene wohnte.

16. Kapitel.

Heiße Stunden.

Kein Mensch hätte am Morgen dieses ereignisvollen Tages vorauszusagen gewagt, wie der Abend aussehen würde. Allerdings erregte die mit aller Härte, mit Fortschrittsbrutalität ausgeführte Transportierung der fremden Arbeiter viel böses Blut, selbst den Unwillen gänzlich Unbeteiligter und Parteiloser, und man vernahm mit Befriedigung, daß diese Maßregel hier und da zu Exzessen geführt, welche zum Nachteile der ausführenden Polizeier und Soldaten ausgefallen. Auch die in Folge der hierüber eingelaufenen Nachrichten häufiger und zahlreicher erscheinenden Patrouillen betrachtete man nur als eine gewöhnliche Sicherheitsmaßregel. Gegen Mittag aber entstanden allerlei Gerüchte, welche blitzschnell von Mund zu Mund gingen. Man sprach vom Einrücken der Landleute in die Stadt, von bevorstehendem Belagerungszustand, von Konzentrierung bedeutender Streitkräfte in der Umgebung der Stadt, aber auch vom Aufreißen der Eisenbahnschienen, Durchschneiden der Telegraphendrähte und der Konstituierung einer revolutionären Regierung, bei der man zumeist auf richtige Namen riet. Nach und nach fiel es auf, daß viele fremde Gesichter gesehen wurden, daß eine ungewöhnliche Zahl von Arbeitern sich in den Straßen herumtrieb, von denen viele nach der Wohnung eines Herrn Mensch fragten. Als aber gar das Plakat der Regierung an den Straßenecken angeheftet wurde, durch welches die wohlgesinnten Bürger zum Beistand eingeladen waren, da zweifelte niemand mehr, daß man am Vorabende großer Ereignisse angelangt. Und welchen Eindruck machte es nun gar als gegen Abend, da die einheimischen Arbeiter ihre Werkstätten verließen, dichte Massen zusammentraten, die sich ansprachen und unverhohlen von einem energischen Vorgehen gegen das freiheitsfeindliche Ministerium sprachen. Freilich gab es viele von den Einheimischen, welche eben erst eingetroffene Fremdlinge gastlich in ihre beschränkte Wohnung aufnahmen, viele, welche dieselben zunächst in

Der 3. preußische Parteitag

trat am Montag im Gewerkschaftshause in Berlin zusammen. Es sind an 200 Delegierte anwesend. Sonntag abend fand eine Versammlung des Landesausschusses statt, in der verschiedene interne Angelegenheiten erörtert wurden. Den Vorsitz führen die Genossen Singer und Rudolf-Frankfurt. Der Bericht des geschäftsführenden Ausschusses, der den Delegierten bereits gedruckt vorliegt, wird von dem Berichterstatter Genossen Ernst noch ergänzt. In der Diskussion empfiehlt Genosse Klühs-Magdeburg, die Verhandlungen des Abgeordneten- und Herrenhauses nach den stenographischen Berichten als Agitationsmaterial herauszugeben, und in den Vortragskursen des allgemeinen Bildungsausschusses Kurse über die Verwaltung und Verfassung des preußischen Staates aufzunehmen. Weiter regt der Redner an, einen selbständigen Vorstand der preußischen Partei einzusetzen. Genosse Ernst bittet im Schlußwort, von der Wahl eines preußischen Parteivorstandes Abstand zu nehmen, da eine besondere Partei auch besondere Beiträge erfordere. — Sodann erstattete Genosse Heimann den Bericht der Fraktion, der ebenfalls gedruckt vorliegt.

In der hierauf folgenden Diskussion sprechen sämtliche Redner sich äußerst anerkennend über die wirkungsvolle Tätigkeit der Landtagsfraktion aus. Die Redner tragen außerdem verschiedene Wünsche aus den einzelnen Landesteilen vor. So z. B. ersucht Genosse Quarck-Frankfurt, die Fraktion möge sich der Staatsarbeiter mehr annehmen, damit ihre Lage eine bessere werde und sie in den Genuß der günstigen Rechte gelangen, die ihnen gesetzlich gewährt werden. Genosse Bartels-Köln tritt ebenfalls zur Sicherstellung des Koalitionsrechts dieser Kategorie von Arbeitern ein. Des weiteren bespricht Redner die Tätigkeit der preußischen Polizei und gibt einige drastische Beispiele von der Willkür, mit der die Beamten gegen Streikende und andere Arbeiter vorgehen. Gen. Thiele-Halle wünscht, daß in einem Flugblatt kurz über die Tätigkeit des Landtags berichtet werde, und verlangt, die Fraktion solle für Änderung der Kreis- und Bezirksausschüsse in Preußen eintreten. Nachdem der Genosse Linde-Königsberg über große Mißstände in den königlichen ostpreußischen Forsten berichtet und Genosse Borgmann eine Verwirklichung der gegebenen Anregungen nach Möglichkeit zugesagt hatte, nimmt Genosse Hirsch zum Punkt: Kommunalprogramm, das Wort. Der in der Presse veröffentlichte Entwurf mußte zurückgezogen werden, dafür wurde ein neuer vorgelegt, in dem die gestellten Anträge und die in der Presse gemachten Vorschläge zum Teil Berücksichtigung gefunden haben. Redner geht in längeren Ausführungen auf die einzelnen Punkte des Programm-Entwurfs ein, wobei er auch der vorliegenden Anträge eingehend Erwähnung tut. Genosse Eberle-Barmen rügt, daß in dem Entwurf ein Passus enthalten ist, der es den Gemeinden gestattet, aus den städtischen Betrieben auch Überschüsse herauszuwirtschaften. Genosse Schütz-Breslau bittet die Parteigenossen, nichts unversucht zu lassen, daß die Wertzuwachssteuer nicht zu einer Reichssteuer werde. Diese Steuer möge den Gemeinden überlassen bleiben, damit sie ihre Aufgabe besser erfüllen. Genosse Bartels begründet den Antrag Köln, der die Deckung der Ausgaben in den Gemeinden durch Zuschläge zur staatlichen Einkommensteuer und durch Einführung der Wertzuwachssteuer in einer Höhe vorsieht, durch die der gesamte unverdiente Wertzuwachs der Gemeinde zugeführt wird. Demgegenüber weist Singer darauf hin, daß eine Verwirklichung der Forderungen in der gegenwärtigen Gesellschaft vollständig unmöglich sei. Betreffs der Überschüsse sind Singer und andere Diskussionsredner der Meinung, daß auch vom sozialen Standpunkt ein kleiner Überschuß gutgeheißen werden kann. Hierauf tritt Vertagung auf Dienstag ein.

Aus der Partei.

Die aufmerksame Breslauer Polizei. Am Neujahrstage beging der Sozialdemokratische Verein Breslau das Fest seines 20jährigen Bestehens durch eine große Feier. Das Programm wurde der Polizei bei der Anmeldung der Veranstaltung mit eingereicht. Die Polizei stellte eine Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung aus, fügte aber folgende freundschaftliche Mahnung bei:

„Gleichzeitig mache ich wegen der beabsichtigten Absingung des Liedes: „Wer schafft das Gold zu Tage?“ auf § 130 Str.-G.-B. sowie darauf aufmerksam, daß dies Lied auf Grund dieser Bestimmung wiederholt verboten worden ist.“

Unsere Breslauer Genossen quittierten diese „Tat“ mit großer Heiterkeit.

Die dritte Konferenz der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in den Thüringer Kleinstaaten fand am 2. Januar in Gotha statt. Aus den sieben Thüringer Staaten, wo zusammen 33 sozialdemokratische (gegen das Vorjahr eine Zunahme von 3) Landtagsabgeordnete tätig sind, waren 26 anwesend. Außerdem war als Vertreter des Parteivorstandes Genosse Molkenbuhr und der Reichstagsabgeordnete für Coburg, Genosse Zietsch, erschienen. Den Situationsbericht erstattete Abgeordneter Leber-Jena. In der sich daran anschließenden Debatte nahm einen weiten Raum die Meininger Hofgängerfrage ein. Nach eingehender Aussprache und weiteren Aufklärungen seitens der anwesenden Meininger Abgeordneten betrachtete die Konferenz diese Angelegenheit für erledigt, da sich herausstellte, daß irrige und übertriebene Darstellungen die Kritik veranlaßt hatten. — Über die Einwirkung einer erhöhten Reichserbschaftssteuer und einer Erbanfallsteuer auf die Finanzlage der Thüringer Kleinstaaten referierte Abgeordneter Bock-Gotha. Nach einer Aussprache, in der unter Bezugnahme auf die Finanzverhältnisse in den einzelnen Staaten der Nachweis erbracht wurde, daß gerade die Kleinstaaten empfindlich unter der „Finanzreform“ des Reiches zu leiden haben, wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die traurigen Finanzverhältnisse der Bundesstaaten haben ihre Ursache in der unvernünftigen Finanzwirtschaft des Reiches, das durch seine wahnsinnigen Rüstungen zu Wasser und zu Lande die Steuerkraft des Volkes vergeudet und erschöpft. — Die kleinen Bundesstaaten sind durch die Auspowerung vom Reichsfiskus kaum noch in der Lage, nur die dringendsten Ausgaben für kulturelle Zwecke zu bestreiten, und leidet das Volk sichtlich Mangel unter dieser Mißwirtschaft. — Die Konferenz der Thüringer sozialdemokratischen Abgeordneten protestiert deshalb mit aller Entschiedenheit gegen den wahnwitzigen Rüstungskoller der herrschenden Kreise, welcher die Finanzen der kleinen Staaten dem Ruin und das Reich dem Bankerott entgegenführt. Die beste Finanzreform ist die Beschränkung der Flottenrüstung und Einführung der allgemeinen einjährigen Dienstzeit im Heere. Zur Amortisation der Reichsschulden und Durchführung wichtiger Kulturaufgaben ist die besitzende Klasse mit einer 400 bis 500 Millionen betragenden Erbschaftssteuer zu belegen

Abgeordneter Baudert-Weimar sprach sodann über Naturalisation und Staatsangehörigkeit. Er betonte, daß diese Frage gerade für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten in den Thüringer Kleinstaaten insofern von größter Bedeutung sei, indem es vorkomme, daß eine Familie bald in dem einen, bald in dem anderen Vaterlande wohne, wenn sie nicht nur aus einem Ort in den anderen, sondern schon aus einem Ortsteil in den anderen verziehe. Die Schwierigkeit der Beschaffung der Papiere zur Erwerbung dieser Rechte wurde in der Debatte an Beispielen hervorgehoben. Einstimmig gelangte dazu folgende Resolution zur Annahme:

„Angesichts der erschwerenden Umstände, unter denen es bisher Reichsausländern und Angehörigen deutscher Bundesstaaten möglich ist, das Bürgerrecht in den meisten deutschen Bundesstaaten zu erwerben, sofern durch Abstammung oder durch besondere landesgesetzliche Bestimmungen Erleichterungen nicht vorgesehen sind, erachtet es die 3. Konferenz der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten der Thüringer Kleinstaaten für dringend notwendig, daß im Reichstag bei der Abänderung des Gesetzes über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870 weitgehende Erleichterungen geschaffen werden.

Solange eine einheitliche Regelung dieser Frage noch nicht erfolgt ist, muß versucht werden, vermittels der Landesgesetzgebung die Erwerbung der Staatsbürgerrechte in den einzelnen Bundesstaaten so zu erleichtern, daß die Zurückweisung von Naturalisationsgesuchen nur in gesetzlich bestimmten Ausnahmefällen stattfinden kann; die Erwerbung des Staatsbürgerrechts von Angehörigen eines anderen deutschen Bundesstaates aber ohne jedwede Formalität mit der Ansässigkeit in dem betreffenden Bundesstaate sich vollzieht.“

Die Domänenfrage in den Thüringer Kleinstaaten wurde unter Eingehung auf die Meininger Verhältnisse vom Abgeordneten Knauer-Sonneberg erörtert. Da diese Frage in einer Anzahl der Thüringer Kleinstaaten noch keine Regelung erfahren hat, aber im allgemeinen von sehr großer Bedeutung für jeden einzelnen Staat ist, wurde nach kurzer Aussprache beschlossen, daß diese Frage unter Berücksichtigung der Verhältnisse in den einzelnen Thüringer Vaterländern vom Abgeordneten Hofmann-Saalfeld auf der nächsten Konferenz eingehend behandelt werden soll. — Über Grund- oder Vermögenssteuer referierte Abgeordneter Vetterlein-Gera. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß eine Klärung darüber, ob die Aufhebung der Grundsteuer unter allen Umständen zu erstreben sei, nicht vorliege. Jedenfalls dürfe einer Aufhebung der Grundsteuer, ohne dafür Ersatz zu schaffen, nicht zugestimmt werden. In der sich daran schließenden Aussprache stellte sich heraus, daß man sich in zwei Staaten gegen die Aufhebung der Grundsteuer erklärt habe, während unsere Genossen in den übrigen Ländern für eine Aufhebung eingetreten sind, indem man diese Steuer als eine ungerechte betrachtete, da sie nicht den tatsächlichen Besitz von Grund und Boden, sondern den bewirtschafteten, oft stark verschuldeten nur nominellen Besitz belaste. Schließlich einigte man sich dahin, daß für die Aufhebung der Grundsteuer zu stimmen sei, sofern der Einnahmeausfall durch Steuern, die nur die besitzende Klasse belasten, gedeckt wird. — Der weiter zur Beratung vorgesehene Punkt: Übernahme der Kammergüter in Staatsregie, soll in Verbindung mit der Domänenfrage auf der im Jahre 1911 in Gera stattfindenden Konferenz behandelt werden. Der Zeitpunkt der Einberufung, möglichst in den Sommermonaten, wurde den beiden Sekretären Baudert und Leber überlassen.

Die Gesamtergebnisse der württembergischen Kommunalwahlen. Bei den Wahlen zum Gemeinderat in Dettenhausen wurden zwei, in Sillenbuch ein Sozialdemokrat gewählt. Die diesjährigen Wahlen sind nunmehr in sämtlichen württembergischen Gemeinden abgeschlossen und haben das Ergebnis gezeitigt, daß die Sozialdemokratie in 73 Gemeinden diesmal 110 Gemeinderatsmandate erhielt, von denen 82 neuer Besitzstand sind. Da die Partei bisher in Württemberg bereits über 172 Gemeinderatsmandate verfügte, so ist die Zahl derselben durch die diesjährige Wahl auf 254 gestiegen. Außerdem sitzen in den Bürgerausschüssen bereits 379 Parteigenossen, sodaß es in Württemberg jetzt insgesamt 633 sozialdemokratische Gemeindevertreter gibt.

Die schwedische Sozialdemokratie im höchsten Norden. In Kiruna, in dem jenseits des Polarkreises gelegenen schwedischen Bergwerksdistrikt, fanden am Sonntag die Kommunalwahlen statt. Es waren zunächst neun Mitglieder des Kommunalamts zu wählen, das das ausführende und verwaltende Organ der Gemeinde bildet. Hierbei siegte die rein sozialdemokratische Liste mit 79 000 von 653 Wählern abgegebenen Stimmen über die Kandidatenliste des bürgerlichen Kartells, für die von 157 Wählern 57 000 Stimmen abgegeben wurden. Es waren nun noch fünf Mitglieder und 6 Ersatzmänner der Gemeindevertretung sowie der Vorsitzende und der Vizevorsitzende des Kommunalamts zu wählen. Da jedoch der bürgerliche Mischmasch gesehen hatte, daß er trotz des plutokratischen, nach der Steuerleistung abgestuften Wahlunrechts nicht zu siegen vermochte, verzichtete er auf die Wahlbeteiligung und die für diese Posten aufgestellten sozialdemokratischen Kandidaten wurden dann einfach per Akklamation gewählt. Die Wahlhandlung selbst wurde von einem sozialdemokratischen Volksschullehrer geleitet, der zum Vorsitzenden der Wählerschaft mit 45 909 von 368 Wählern gegen 45 243 von 110 Wählern herrührenden Stimmen gewählt worden war. Dieser Schullehrer Stemung ist auch Vorsitzender in der kommunalen Armenpflege. Die Gemeindeverwaltung Kirunas befindet sich nun in Händen der Sozialdemokratie, was freilich nicht allzuviel besagen will, da es mit der Selbstverwaltung der Gemeinden nicht weit her ist. Aber das Wahlergebnis ist auch ein neuer Beweis dafür, daß es nichts als Schwindel ist, wenn das schwedische Unternehmertum im In- und Auslande die Meinung zu verbreiten sucht, daß die Arbeiterschaft Schwedens durch den Generalstreik im verflossenen Sommer zersplittert und der Sozialdemokratie abwendig geworden sei.

Gewerkschaftsbewegung.

Christlicher Schwindel. Die Drahtzieher der christlichen Gewerkschaften brauchen ständig Sensationen, um ihre Schäfchen bei der Fahne zu halten. So veröffentlicht der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ jetzt wieder eine Notiz aus dem „Typograph“, dem Organ des christlichen Gutenbergbundes, die wie folgt lautet:

Ein weiterer Terrorismusfall. Nachdem die einzelnen Ortsvereine des „freien“ Buchdruckerverbandes ihr bestmöglichstes tun, um die Scheinneutralität auch für die Öffentlichkeit zu dokumentieren, kann doch

---

Wirtshäusern bewirteten, aber das außergewöhnliche Leben und Drängen in den Straßen wollte deswegen nicht abnehmen.

Die Bourgeoisie ward durch alle diese Erscheinungen in die äußerste Aufregung und Besorgnis versetzt, und die Führer der liberalen Partei beeilten sich, in die vom Weinhändler Tiefstrunk besonders hierzu eingerichtete Privatweinstube zu kommen, in welcher sie den Ministerpräsidenten zu finden hofften. Inzwischen teilten sie sich ihre Ahnungen mit und tauschten die gewonnenen Erfahrungen und Nachrichten aus. Endlich in der Mitternachtsstunde erschienen die Minister und wurden alsbald von allen Seiten bestürmt.

„Lassen Sie uns in Ruhe,“ schrie aber Dr. Raffmaus, „wir sind den Tag über geplagt genug gewesen bis in die sinkende Nacht. Wir werden Ihnen Rede stehen, wenn wir uns gekräftigt haben und parlamentarische Ordnung eingeführt ist, wir brauchen unsere Lungen weiter. Herr Findeisen, übernehmen Sie doch den Vorsitz und schaffen Sie Ruhe.“

„Ruhe, meine Herren,“ schrie der alte Fabrikant, „Herr Wehrhahn, halten Sie ihre Sprachwerkzeuge im Zaume, man versteht sein eigenes Wort nicht. Zum Donnerwetter, Herr Rollfuß, Sie schwätzen ja wie ein altes Weib.“

„Herr Findeisen, ich verbitte mir diese despektierliche Äußerung,“ entgegnete der Zurechtgewiesene giftig.

„Wer heute nicht der Ordnung sich fügen will, den lassen Sie an die Luft setzen Herr Tiefstrunk,“ rief Dr. Raffmaus, indem er ein saftiges Stück Lendenbeefsteak hinunterschluckte.

„Haben Sie gehört, Herr Rollfuß?“ rief Findeisen.

„Was? mich an die Luft setzen, mich? den Schwiegervater des Handelsministers? Das möcht ich doch wirklich sehen,“ rief aber unerschütterlich der Möbelfabrikant.

„Herr Dr. Lutz ist nicht mehr Handelsminister, er hat sein Portefeuille heute definitiv niedergelegt,“ bemerkte Dr. Benjamin.

„Niedergelegt? So? Nun, das ist ja wunderschön; ich gebe ihm meine Tochter ohne Kaution, weil er Minister geworden, und er legt sein Amt nieder. Das hätte ich wissen sollen! Nun, er hat seine Mitgift noch nicht zur Hälfte und soll auch keinen Groschen weiter bekommen. Aber es ist gut, ich bescheide mich, ich werde schweigen.“

„Ist es wahr, Herr Findeisen,“ fragte jetzt der geheime Schulrat und Redakteur, Professor Birnenmann, „daß Ihr Sohn im engsten Zusammenhange mit den Rebellen steht?“

„Im engsten Zusammenhange gerade nicht, aber er verkehrt mit ihnen. Das weiß der liebe Gott, wie meine Kinder aus der Art schlagen, es kommt dies von meiner seligen Frau her. Doch morgen früh werde ich ihn gehörig ins Gebet nehmen und ihm mit Enterbung drohen, wenn er sich nicht, gleich mir, morgen der Regierung zur Verfügung stellt.“

„Bravo, Bravo!“ erscholl es von allen Seiten.

Dr. Raffmaus hatte sich inzwischen hinreichend gestärkt und begann nunmehr:

„Ich hoffe, Sie alle morgen mit der weißen Binde am Arm zu sehen, denn wir bedürfen, schon des guten Eindrucks willen, der Erscheinung der Bürgerschaft bei den Ereignissen, die sich vorbereiten.“

„Also wirklich, wirklich Revolution?“ rief es in der Runde.

„Sprechen Sie nicht von Revolution, das heißt der Sache einen zu gewichtigen Namen beilegen, die nichts weiter als eine gewöhnliche Arbeiterrevolte sein wird.“

„Und ist für die Unterdrückung derselben hinreichend gesorgt?“ frug Wehrhahn.

„Wir tun unsere Schuldigkeit,“ entgegnete der Ministerpräsident mit Würde. „In einigen Tagen wird eine imposante Streitmacht von allen Seiten die Stadt umziehen, denn ich habe, weil vielfach die Telegraphendrähte von Frevlerhand zerschnitten worden, reitende Boten nach allen Seiten ausgesendet. Einstweilen werden die 16 000 Mann Kerntruppen, welche wir hier haben, zur Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes genügen.“

„Belagerungszustand?“ riefen hier viele Stimmen erschrocken.

„Ja, Belagerungszustand, denn man muß den Anfängen vorbeugen, obwohl ich noch immer an dem Mute dieser Pöbelmassen zweifle. Bei energischer Durchführung des Belagerungszustandes ist an das Bauen von Barrikaden nicht zu denken, und ohne Barrikaden richtet der Pöbel nichts aus. Das Militär wird in dieser Zeit einen anstrengenden Dienst haben, doch wird man es besser verpflegen, und rechnen wir außerdem auf die Freigebigkeit der gutgesinnten Bürger. Sobald der Belagerungszustand in Kraft getreten, lasse ich nach und nach, eine nach der andern, die Straßen absperren und in allen Häusern die strengste Nachforschung anstellen. Es sind viele fremde Arbeiter in der Stadt, die ich auf den Schub bringen lasse. Binnen acht Tagen denke ich auf diese Weise, und hoffentlich ohne Blutvergießen, der beabsichtigten Erhebung den Garaus gemacht zu haben und Sr. Majestät, die dann zu erwarten ist, eine vollständig beruhigte Stadt zu zeigen.“

„Und jene Rädelsführer, den Dr. Lange, den Frank, den Wießner?“ fragte der Kaufmann Rollmann, dessen gelbe Lederhaut seit den letzten Schicksalen womöglich noch gelber geworden war.

„Diese hoffe ich in der Stadt aufgreifen zu können, worauf ich sie ohne weiteres standrechtlich erschießen lasse.“

„Bravo, Bravo!“ erscholl es von neuem in den Reihen der Herren Liberalen.

„Ich denke aber bei dieser Gelegenheit der liberalen Sache noch größere Dienste zu leisten, fuhr Dr. Raffmaus fort, „denn ich besitze sichere Nachweise, daß auch die Konservativen bei allen diesen Intriguen die Hand im Spiele haben. Sie sollen die Schwere der Gesetze, die sie oft selbst angewendet, im vollen Umfange empfinden. Zwei Individuen sind bereits aufgegriffen, welche Waffen zum Verkauf ausboten und häufig verschenkten. Dieselben haben bei ihrer Vernehmung auch eingestanden, daß sie von zwei Exministern mit diesem Geschäfte betraut worden.“

„Unerhört!“ riefen die Liberalen.

Ein Polizeikommissar, welcher bei den letzten Worten eintrat und Dr. Raffmaus eine Mitteilung ins Ohr flüsterte, ließ auf eine Weile das Gespräch verstummen.

„Unerhört!“ rief dann auch der Ministerpräsident im höchsten Grade empört. „Die Sache hat nicht ohne Mitwirkung des Personals vor sich gehen können. Lassen Sie sofort das gesamte Personal vom Gefängnisinspektor bis zum Aushilfsmann verhaften und das Gefängnis durch eine entsprechende Zahl von Polizeisergeanten in Verwahrung und Beaufsichtigung nehmen. Schicken Sie mir inzwischen auch meine Schutzmannschaft, da ich der Ruhe bedarf.“

„Was ist geschehen?“ fragten alle zugleich, als der Kommissar das Lokal verlassen.

„Eine neue freche Tat, meine Herren; die Gefangenen Barth und Streit sind soeben aus ihrer strengen Verwahrung im Stadtgefängnisse befreit worden. Das Treiben dieser Menschen wird immer toller, es ist die höchste Zeit, daß ein gewaltiges Strafgericht über sie hereinbricht.“

Kein Mensch konnte ein Wort der Billigung sagen, denn mit einem furchtbaren Krach sprangen auf einmal die Fensterladen sammt den Fenstern des Lokals auseinander, einige schwere Steine fielen oder rollten herein, der plötzliche Luftzug löschte die Gasflammen aus und eine tiefe Männerstimme rief in die Dunkelheit hinein:

„Feierabend, meine Herren:“

Niemand regte sich, bis Tiefstrunk, der hinausgegangen, mit Licht zurückkehrte und die ganze Gesellschaft unter der Tafel fand. An diesem Abend wurde nichts mehr gesprochen.

(Fortsetzung folgt.)

selbstverständlich auch der Ortsverein Krefeld nicht zurückbleiben. Genannter Ortsverein hat es zwar meisterhaft verstanden, die Bewohner des Niederrheins über die „Neutralität" einzulullen und dabei nach Bedarf sich als „christlich" usw. aufzuspielen. Doch ab und zu muß denn doch ein Tänzchen gedreht werden, denn bekanntlich kann keiner aus seinem Felle heraus. In Krefeld hatte vor einiger Zeit ein Bauhandwerker die „Unverschämtheit" begangen und den „Freien" den Rücken gekehrt und war zu den „Christlichen" übergegangen. Das mußte schwer gerochen werden, und in dankenswerter Weise übernahm dieses der Ortsverein Krefeld, speziell die Führer desselben. Der Übergetretene hatte als sein Stammlokal das Vereinslokal der Buchdrucker auserkoren. Da bot sich also den „neutralen" Buchdruckern eine günstige Gelegenheit, ihr Mütchen zu kühlen. Dem „armen" Wirte wurde einfach diktiert: „Der oder wirl" Der Wirt brachte dies dem Geächteten schonend bei. Aber unser Bauhandwerker ließ sich so leicht nicht einschüchtern und kam wieder. Wiederum wurde der Wirt aufgefordert, diesem das Lokal zu verbieten. Durch den Druck der terroristisch veranlagten Buchdrucker sah sich der Wirt veranlaßt, dem „Eindringling" in aller Form sein Lokal zu verbieten, „denn die Buchdrucker seien sein Brot". So geschehen in Krefeld am Niederrhein. — Wie lange lassen die christlich gesinnten Buchdrucker im Verbande sich dieses noch bieten, daß man derart gegen ihre Gesinnungsgenossen zu Felde zieht?

Dieser „Fall" veranlaßte den Verband, über die Schauermär Erkundigungen einzuziehen. Die Folge war nachstehende Erklärung:

Neuß, den 8 November 1909.

Erklärung.

Den Berichten verschiedener Zeitungen gegenüber, daß der Ortsverein Krefeld, Verband der Deutschen Buchdrucker, an mich herangetreten sei, dem Herrn Leo Vogt, Bauhandwerker, wegen seiner Zugehörigkeit zur christlichen Partei das Lokal meiner Mutter in Krefeld zu verbieten, erkläre ich, daß das aufdringliche Benehmen des Herrn Vogt den Stammgästen gegenüber, wie auch das fortwährende In-die-Höhe-treiben der Einsätze beim Kartenspiel die Veranlassung war, dem Herrn Vogt das Lokal zu verbieten.

Im übrigen hatte ich diese Erklärung auch einigen Abgesandten oder Beamten der christlichen Partei oder Gewerkschaftskartells in Krefeld einige Tage nach dem erwähnten Vorgange gegeben.

gez. August Nohren.

Der Terrorismus an dem unschuldigen christlichen Lämmchen erwies sich also wieder einmal als Schwindel, was die braven Christen nicht abhalten wird, kräftig weiter zu lügen.

Ein Blatt für die Gelben der Firma Krupp. Die Firma Krupp gibt vom Neujahr an ein wöchentliches Nachrichtenblatt für die Werksangehörigen heraus. Es soll alle Anschläge, Bekanntmachungen, die sonst an den Plakattafeln erscheinen, enthalten; ferner Mitteilungen über Ernennungen, Pensionierungen, Jubiläen usw. Ferner sollen veröffentlicht werden: „Sonstige Nachrichten, die für einen größeren Kreis von Werksangehörigen von Interesse sind." — Diese letzte Wendung läßt darauf schließen, daß aus dem Blatt ein Organ der Gelben gemacht werden soll. Das bisherige Organ des Kruppschen Bildungsvereines wird dem neuen Nachrichtenblatte als Beilage zugefügt.

Nachklänge vom Streik in Badisch-Rheinfelden. Eine Anzahl am Streik beteiligt gewesener Arbeiter der Aluminiumfabrik in Badisch-Rheinfelden erhielt am Montag, dem 27. Dezember, ihre Kündigung. Der Rest der am Streik Beteiligten soll, wie verlautet, nach Neujahr ebenfalls auf die Straße fliegen. Wahrscheinlich wollen sich die Unternehmer jetzt dafür rächen, daß ihre Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Arbeiterpersonal durch den Streik sowohl wie auch durch die Gerichtsverhandlung über die Streikkrawalle vor aller Welt offenbar wurde.

Soziales.

Die Industrialisierung Badens schreitet riesig vorwärts. Nach dem soeben festgestellten Ergebnis der Betriebszählung von 1907 ist seit 1895 die Zahl der gewerblichen Hauptbetriebe mit 51 und mehr Personen von 818 auf 1460, also um 624 Betriebe oder 78 Proz. gestiegen. Die Zahl der in diesen größeren Betrieben beschäftigten Personen betrug 1895 110 904, 1907 aber 208 141, mehr: 97 237 oder 88 Proz. Unter diesen Großbetrieben steht obenan die Metallbranche. 1895 waren davon 91 Betriebe mit 11 154 Beschäftigten, dagegen 1907 204 Betriebe mit 28 376 Beschäftigten in Baden vertreten. Die Textil-Industrie beschäftigte 1895 22 636 Personen, 1907 aber 32 203 Personen. Davon sind zwei Drittel der Beschäftigten weiblichen Geschlechts. In der Holzindustrie stiegen die Großbetriebe von 25 auf 84 oder 236 Prozent. Die beschäftigte Personenzahl stieg von 2143 auf 10 241 oder 377 Proz. Eine derartige sprunghafte Zunahme der Industrie und der Industriearbeiter dürfte kein anderer Bundesstaat Deutschlands zu verzeichnen haben. Von den überhaupt beschäftigten 348 275 Arbeitern im Jahre 1907 sind 54 Proz., also über die Hälfte, in Großbetrieben beschäftigt.

Kommunales.

Die Kattowitzer Stadtverordnetenwahlen. Gegen die Gültigkeit der Wahlen in der 3. Abteilung hatten Polen und Zentrum Protest erhoben. Der Protest stützte sich im wesentlichen darauf, daß eine Beeinflussung durch die Behörden zuungunsten der polnischen Kandidaten stattgefunden haben sollte. Die Stadtverordnetenversammlung hatte beschlossen, über die erhobenen Einwände Beweis anzustellen. In der letzten Sitzung nun haben die Stadtverordneten mit 22 gegen 5 Stimmen die Wahlen in der 3. Abteilung für gültig erklärt.

Aus dem Gerichtssaal.

Der bestrafte Beter. Der Schlachter Paul Danzig erlitt auf der Bahnfahrt von Prag nach Krakau einen Unfall. In der Station Liebau schlug die Abteiltür zu und zerquetschte ihm zwei Finger der rechten Hand, mit der er sich an dem Türrahmen gestützt hatte. Danzig klagte nun gegen die Staatsbahn auf 10 000 Kronen Schmerzensgeld, 3000 Kronen Verdienstentgang und 400 Kronen Heilungskosten. Er sei, wie aus Wien berichtet, infolge Platzmangels gezwungen gewesen, in der Nähe der Tür zu stehen und sich bei der Abfahrt des Zuges an dem Türrahmen zu stützen. Der Vertreter der verklagten Bahn wendete ein, daß Danzig aufgestanden sei, um sein Morgengebet zu verrichten und infolgedessen seine Aufmerksamkeit mehr nach innen als nach außen gerichtet war. Das Handelsgericht wies die Klage ab, weil der Unfall durch kein Ereignis im Verkehr erfolgte, vielmehr vom Kläger dadurch selbst verschuldet wurde, weil er, in sein Gebet vertieft, den Vorgängen der Außenwelt nicht die nötige Aufmerksamkeit widmete.

Aus Nah und Fern.

Unglücksfälle beim Schlittschuhlaufen. Aus Königsberg in Ostpreußen wird gemeldet: Mehrere Unglücksfälle beim Schlittschuhlaufen werden aus der Provinz hierher berichtet. Auf dem Löwentinsee bei Lötzen brachen sechs Personen ein, von denen zwei junge Kaufleute ertranken. Aus Rhein wird gemeldet, daß dort der sechzehnjährige Schüler Pisaucki und auf dem Ublicksee der vierzehnjährige Schüler Passareck eingebrochen und ertrunken sind. Dasselbe Schicksal hatten in Groß-Kleeberg in dem Kleeberger See die fünfzehnjährige Tochter des Gutsbesitzers Zielinski und ihr Bruder, der als Student sich zu Besuch im Elternhause aufhielt.

Unglücksfälle. Im Schloßteich zu Briesen ertrank am Neujahrstage ein 16jähriger Knabe. Nachmittags gerieten vier Kinder des Steinsetzmeisters Schramm und der Sohn eines Drechslermeisters beim Schlittenfahren auf dem Schloßsee an eine offene Stelle und brachen ein. Alle fünf ertranken.

Notwehr? In Beuthen wurde der Polizeisergeant Grabatzel nachts von mehreren jungen Leuten, die er zur Ruhe ermahnte, beschimpft und tätlich angegriffen. In der Notwehr feuerte Grabatzek mehrere Schüsse ab, die den 20jährigen Schlossergesellen Trojok trafen und ihn töteten.

Lehrer gegen Geistliche. Die Vertreterversammlung der elsaß-lothringischen Lehrer beschloß mit 75 von 84 anwesenden Stimmen — 9 waren dagegen — den Anschluß an den Allgemeinen deutschen Lehrerverein. Dieser Zusammenschluß ist von den Bischöfen Pritzen-Straßburg und Benzler-Meß in der schärfsten Weise bekämpft worden, natürlich auch vom niederen katholischen Klerus, die in diesem Zusammenschluß eine Gefahr für die Stellung der Kirche und der Geistlichkeit in der Schule erblicken.

Arbeiter, meidet den Schnaps!

Mit jedem Gläschen, das Ihr trinkt, verleiht Ihr dem Staat und der herrschenden Gesellschaft Mittel zu Eurer Knechtung und, was noch schlimmer ist,

Ihr betrügt Euch selbst.

Jeder Alkoholgenuß ist eine Steuerzahlung!

Statt ihre eigenen Organisationen zu fördern, unterstützen die Arbeiter durch ihren Alkoholverbrauch den Staat, der sie unterdrückt und der Kapitalistenklasse dient. Sie führen einen Kampf gegen den Militarismus und den Marinismus und ernähren ihn doch selbst durch ihren Alkoholgenuß. Niemand zwingt sie dazu, kein Gebot und keine Not, aber sie tun es dennoch, schmieden ihre eignen Fesseln binden sich den Geist und binden sich die Hände, liefern sich ihren Klassengegnern aus durch den Alkoholgenuß!

Darum, nicht nur im Interesse des leiblichen Wohles des einzelnen, sondern vor allem im Interesse der kämpfenden Klasse, fordern wir Einschränkung des Alkoholgenusses. Das ist der Sinn der auf dem Parteitag gefaßten Resolution.

Ein Liebesdrama. Aus Kommern bei Mechernich (Reinland) wird gemeldet: Auf dem Gute Becherhof fand man die zweiundzwanzigjährige Dienstmagd Marie Püß mit durchschnittenem Halse tot auf und einige Schritte davon den vierzigjährigen Kuhschweizer Kreuzinger ebenfalls mit durchschnittenem Hals. Kreuzinger gab noch Lebenszeichen. Man vermutet ein Liebesdrama.

Dampferzusammenstöße. Auf hoher See zwischen England und Irland stießen Sonntag früh die beiden englischen Dampfer „Ayrshire" und „Arcadian" zusammen. Die „Arcadian" sank; dreizehn Personen sind dabei ertrunken.

Eisenbahnunglück. Der Kalifornien-Expreßzug ist am Silvestertage in der Nähe der Station Trenton (Missouri) entgleist und umgestürzt. Zwei Pullmann-Wagen gingen in Flammen auf. Dabei verbrannten fünf Personen; neun andere erlitten schwere Verletzungen.

Hochwasser in Bulgarien. Die starken Regengüsse der letzten Tage haben, wie aus Sofia gemeldet wird, in ganz Südbulgarien große Überschwemmungen verursacht. Dadurch sind vielfach Verkehrsstörungen entstanden. Mehrere Stadtteile von Philippopel einschließlich des Bahnhofs stehen unter Wasser. Der Verkehr auf der Hauptstrecke Konstantinopel—Sofia ist infolge des Einsturzes einer Brücke vollständig unterbrochen. Das Hochwasser ist noch immer im Steigen begriffen.

Kohlenarbeiterstreiks in England. In Northumberland legten infolge Streitigkeiten mit den Bergwerksbesitzern wegen des Achtstundentages 10000 Bergarbeiter die Arbeit nieder. In Durham werden 10 000 Bergarbeiter heute die Arbeit einstellen.

Standesamtliche Nachrichten

vom 26. Dezember 1909 bis 1. Januar 1910.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

Dezember: 20. Buchhalter J. H. Grimmelt. Tischler K. E. A. Laabs. 21. Elektromonteur F. L. W. C. Reppenhagen. 22. Postbote A. H. M. Schultz. 23. Schneider Ant. Alshut. Schlosser H. J. J. Fick. 24. Maurer J. Vernimb. Brenner C. F. Th. Eggers. 25. Arbeiter F. W. Meyer. Privatmann K. F. O. Hering. 26. Schuhmacher M. E. A. Holz. Tischler W. H. Chr. Böttcher. Arbeiter A. Blank (Vorwerk). 27. Stellmacher F. L. C. E. Schröder. Arbeiter G. C. H. Moeller. Arbeiter J. H. F. Hahn. Arbeiter F. L. E. Schuster.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

21. Briefträger F. A. Färber. Tischler H. J. F. Kaven. 22. Arbeiter K. E. Wohlgemuth. 23. Arbeiter J. W. H. C. Scharnweber. Arbeiter J. H. C. Bartels. 24. Straßenbahnwagenführer J. Chr. M. Schulte. Hobler M. A. E. Loges. 25. Dienstmann F. L. J. Börth. Schlachter H. J. R. Berner. Eisenbahnbremser F. H. Wiedenbein. Arbeiter J. H. C. F. Roocks. 27. Schlosser W. Chr. L. F. Kasbohm. 28. Arbeiter F. H. W. Meyer. Eisendreher K. Zirkel. Eisenbahnwagenschieber F. J. Chr. Ahrens. 29. Arbeiter F. W. O. Quandt. Arbeiter W. K. J. Haferbier. Eisenbahndiätar L. Wilms.

Angeordnete Aufgebote.

27. Dezember. Maschinenbauer W. H. L. Wulfram und M. E. J. Frommhagen. Steuermann W. F. H. Schleusener und M. C. S. Butenschön in Lauenburg a. E. Arbeiter M. Robeck und M. C. Marquardt in Mellentin. 28. Eisendreher H. C. J. G. Matthiessen und M. H. W. Westphal. Gerbereiarbeiter K. H. J. Bothmann und G. M. Krakowczyk, beide in Neumünster. Kassierer E. E. Stolp und A. M. Chr. Godtknecht. 30. Tapezier O. K. L. Liermann und J. F. W. L. Moll. Seemaschinist P. O. Oldenburg und E. Oldenburg. Kaufmann E. E. Riedel in Berlin und F. L. E. Friese. Architekt H. Westhoff in Gera und M. H. M. H. Jäde. 31. Bahnarbeiter W. C. H. Jürs und A. M. D. Barg in Holdorf. Kaufmann H. J. M. Bröcker und C. M. B. Röhring. Kaufmann H. J. H. Russ und E. J. E. E. Roth in Braunschweig.

Eheschließungen.

27. Dezember. Bauinspektor C. Mühlenpfordt und A. Dräger. 28. Lehrer A. H. E. Sonder und J. F. H. Mahnken. Prokurist W. L. Rose in Beverungen und E. Chr. M. Deuster. Arzt Dr. med. M. Müller in Schwentainen und E. D. Ch. Jürgens. Gastwirt A. Peter in Landshut und E. M. L. Chr. Eckmann. 30. Kapellmeister W. K. Ostmann und K. A. Radermacher. Maler J. C. F. G. Holst und A. D. E. Flägel. Privatmann F. J. H. Klatt in Travemünde und Witwe F. W. D. Kaack geb. Prüßmann. 31. Stellmacher E. G. H. F. Klüver und A. W. J. Strunck. Eisenbahn-Wagenschieber M. O. Knoblauch und D. F. A. Troedsson.

Sterbefälle.

25. Dezember. Kaufmann H. Lange, 67 J. Ein Knabe, 10 Std., V.: Privatmann K. F. O. Hering. 26. Kaufmann G. W. Th. Krüger, 60 J. Arbeiter J. H. Wichmann, 48 J. Früherer Weißgerber H. A. Horst, 64 J. M. M. S. Kohlmorgen 2 M. (Schönböcken). Ein totgeb. Mädchen, V.: Arbeiter F. W. Röns. Arbeiter Chr. F. Behnke, 63 J. Privatmann H. J. F. Pichelmann, 60 J. 27. K. P. Freitag, 5 J. Bureaubeamter C. F. Grove, 39 J. J. H. W. geb. Thiel, Ehefrau des Restaurateurs J. H. F. Schröder, 30 J. E. D. Chr. geb. Rethwisch, Witwe des Kaufmannes H. Mumm, 94 J. W. H. A. Schröder, 2 M. 28. Maurer L. J. F. Stoltenburg, 68 J. H. W. geb. Tegtmeyer, Witwe des Kaufmannes J. F. Th. Lüders, vorher verw. Rubeck, 74 J. Schneider F. C. Meyer, 74 J. Arbeiter G. H. Müller, 33 J. (Ratekau). 29. Kaufmann E. H. C. Hochmuth, 35 J. H. B. H. Haferbier, 8 M. Ein Mädchen, 1½ Std., V.: Arbeiter F. W. O. Quandt. D. C. geb. Joost, Witwe des Wollspinners A. H. F. Jacobsen, 85 J. 30. Privatmann L. D. F. Meyer, 73 J. H. W. B. geb. Jachmann, Ehefrau des Eisenbahn-Wagenreinigers W. J. B. Bohnsack, 65 J. Schlosserlehrling O. J. H. Wichmann, 20 J. Privatmann D. W. Chr. Heick, 70 J.

Literarisches.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 7 des 20. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Kämpfend voran! — Jetzt erst recht die Ausnahmewirtschaft. Von gh. — Die persönlichen Wirkungen der Ehe. I. Von Ernst Oberholzer. — Der fünfte Kongreß finnischer Proletarierinnen. Von M. M. — Frauennot und Frauenarbeit im Mittelalter. Von K. — Freiwild. Von M. Kt. — Neujahrsbetrachtung einer Arbeiterin. Von R. S. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Das Frauenwahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. — Bremer Frauenchor. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus der Textilarbeiterbewegung. Von hj. — Die Genossinnen von Linden im Kampfe für das Organisationsrecht der Fleischergesellen. — Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Verschiedenes. — Zur Beachtung.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Jahrwende. Von Klara Müller. — Die Ernährungsweise der Naturvölker. Von Hannah Lewin-Dorsch. — Kampf gegen die Unterernährung im Haushalt. Von M. Kt. — Die Mutter als Erzieherin. — Hygiene. — Feuilleton: Aus: über unsere Kraft. Von Björnstjerne Björnson.

Für unsere Kinder: Neujahrswunsch. Von Ludwig Uhland. (Gedicht.) — Um die zwölfte Stunde. Von Jürgen Brand. — Neujahr in der Druckerei. Von ed. — Johanna Sebus. Von Wolfgang Goethe. (Gedicht.) — Etwas über die Entstehung der Schrift. Von Anna Blos. — Der Bär und der Fuchs. — Herr Spatz. Von Emma Döltz. (Gedicht.)

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.

Die Neujahrsnummer des „Wahren Jacob" ist soeben, 16 Seiten stark erschienen. Wir erwähnen aus ihrem Inhalt: Bilder: Der rote Michel. Ein Silvesterput. — Aus Kiel. — Panik im Himmel. — Im preußischen Olymp. — Der neue Geschäftsinhaber. — Eine Überraschung. — Rasche Sinnesänderung. — Aus Berlin. — Neujahrspredigt im Zuchthaus. — Aus dem naturwissenschaftlichen Bilderbuch des kleinen Schorschi. — Die heiligen drei Könige (mit Gedicht). — Die suspendierten Borussen. — Die Schmollenden in Baden. — Russische Staatsbeamte. — Die eifrigen Müller. Text: Kreislauf. Von P. E. — Zum preußischen Parteitag. — Der Bo-Russe. Leider kein Märchen! Von et. — Witwenfürsorge. Vom Staatssekretär Delbrück. — Sächsische Mänke. — Lieber Jacob! Von Jotthilf Nouke. — Die Weltenuhr. Von H. Fl. — Silvester auf der Walz. — Gruß für die neue Zeit. Von einem Blinden gedichtet. — Das Vorbild. Von R. Grötzsch. — Am Arbeitsnachweis. Von Kilasnok. — Werte Redakschon. Von Claus Swartmuul. — Stammtischrede des Metzgermeisters Wurstler. — Altmaterial im Reichstag (illustriert). — Konservativer Katzenjammer. Von Fritz Sänger. — Prophezeiungen für das Jahr 1910. — Wie grüßt der Bauer? Usw. Der Preis der Nummer ist 10 Pfg. Probenummer sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen.

Briefkasten.

B. Hadersleben. Inkl. Quittungen erhalten 4.20 Mk., davon Inf. 2.40 Mk., Freie Stunden 1.80 Mk., sollen noch 80 Pfg. eingesandt werden. Soll „Fr. St." weiter geliefert werden? Exped. d. Lüb. Volksb.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

J. Möllers
billige Fleischquelle
22 Fünfhausen 22

Herrn und Frau **Krause**, Fünfhausen 9, zu ihrer silbernen Hochzeit ein dreimaliges Hoch.

Frdl. Logis zu verm.
Westhoffstraße 29, pt.

Zu sofort zu vermieten eine Gangbude Johannisstraße 57 (Albrechtsgang). Näheres Fischergrube 52.

Zum 1. April
eine frdl. Zweizimmerwohnung 210 Mark
Warendorpstraße 21.
Näheres im Laden dortselbst.

Zu sofort oder später **Zweistub.-Wohnung** mit Zubehör zu verm., 190 Mk.
Paulstraße 29.

Abgeschl. Wohnung von 3 gr. Zimmern und Zubehör, parterre oder 2. Etage Priesstraße 7. I.

Eine Gangbude
zu vermieten Markesgrube 39.

Frdl. helle Wohnbude im Gang bei 300 Mk. Anz. (Kauf. kommt mit Abg. auf ca. 100 M. p. Jahr z. wohn.) p. sof. od. spät. zu verk. Näh. in der Exped.

Ein guterhaltener Sofatisch
für 5 Mk. zu verkaufen.
Wakenitzmauer 5a, I.

Genossenschaft für Milchverwertung
E. G. m. b. H.
Arbeitgeber-Verband für Landwirtschaft
St. Petri 8, I.
Fernruf 1714.

Arbeiter-Abstinentenbund

Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, 6. Januar
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisst. 50/52
Der Vorstand.

Achtung Maler!

Generalversammlung
am Donnerstag, 6. Januar
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisst. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Aufstellung eines Kandidaten zur Generalversammlung.
2. Abrechnung.
3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Hansa-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Gastspiel des Thalia-Theaters, Elberfeld
„Das Sensations-Ereignis"
„Donnerwetter tadellos"
Gr. kom. Ausst.-Revue in 8 Bildern mit Ges. u. Bail. v. Julius Freund. Musik von Paul Lincke.
1. Bild: Geburtstag der Venus. 2. Bild: Vor dem Hotel Kaiserhof in Berlin. 3. Bild: Ein Five o'clock im Kaiserhof. 4. Bild: Eine Reform-Kaserne. 5. Bild: Aus Deutschlands grossen Tagen. 6. Bild: Auf der „Ila" in Frankfurt a. M. 7. Bild: Der Luftschiffer-Korso. 8. Bild: Grosse Pracht-Apotheose (Deutschlands Zukunft).
3 große Balletts
Eine wahre Pracht an glänzender Ausstattung u. feenhaften Lichteffekten.

J. Möllers
billige Fleischquelle
22 Fünfhausen 22

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schneiber, Breitestr. 24.

Rohrstühle werden billig geflocht. **Korbwar.**
gut repariert. Postkarte genügt.
K. Nielsch jun., Korbmacher,
Engelswisch 28/16. Untertrave 25/16.

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
Uebernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. ✻ Billigste Preise.

J. Möllers
billige Fleischquelle
22 Fünfhausen 22
Große Weißkohlköpfe, St. 5 Pf.
Arnimstraße 37.

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit"

Zusammengestellt von

Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische" („Alt")-Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische" Lübeck. — Das „kaiserliche" Lübeck. — Das „reichsfreie" Lübeck. — Das „hansische" Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der grosse nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der grosse Bürger-Rezess von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen und Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Für den modernen Arbeiter bietet das Studium der lübschen Geschichte eine Fülle interessantes, in der gewerkschaftlichen Agitation mit Erfolg zu verwendendes Material. Sowohl die Entwickelung des Handwerks im allgemeinen, als auch die staatsbürgerliche Stellung der Handwerker in Lübeck selbst, sowie ihr Ausschluss von der Staatsgewalt bis auf den heutigen Tag und die hieraus entstandenen bürgerlichen Unruhen, der Verfall der früher so mächtigen und im Mittelalter auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens so einflussreichen Zünfte, die weitverzweigten Gesellenverbände usw. bieten zur Genüge Stoff zur Unterhaltung und Belehrung für jeden einzelnen dar.

„Wie lange noch und Lübeck ist Großstadt geworden. Mit dem dann sich entwickelnden großstädtischen Leben, Hasten und Treiben wird die Kenntnis der vaterstädtischen Geschichte bald dem Gedächtniss der Zeitgenossen entschwunden sein. Die kommende Generation wird wenig oder gar nichts mehr von der wirklich großartigen Entwickelung unseres städtischen Gemeinwesens wissen, und doch ist die Kenntnis der lübischen Geschichte gerade für diese am allernotwendigsten" schrieb der Verfasser im Vorwort zu seinem Werke

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit".

Diesem Gedanken Rechnung tragend, erklärt sich der Verlag bereit, den Ladenpreis für das in Leinwand gebundene Exemplar von Mk. 5.00 auf **Mk. 3.00** oder broschiert v. Mk. 4.00 auf **Mk. 2.00** herabzusetzen. Bestellungen werden jederzeit von unseren Kolporteuren, Zeitungsausträgern und in der Expedition des „Lübecker Volksbote", Johannisstrasse 46, entgegengenommen und prompt ausgeführt.

Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46. Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote". Johannisstr. 46.

Allen Parteigenossen, Freunden u. Bekannten die Anzeige, dass ich mit dem heutigen Tage die

Wirtschaft Schwartauer Allee 70b

übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein, sehr gute Speisen und Getränke zu verabfolgen.

Um freundl. Besuch bittend, zeichne
Hochachtungsvoll
P. Leeke.

Der Ausstoß
unseres
Bockbieres
beginnt am
Freitag, 7. Januar 1910.

Adler-Brauerei.
Aktienbierbrauerei Lübeck.
Hansa-Brauerei Aktiengesellsch.
H. Lück, Walkmühle.

Rohrstühle werden geflochten
Friedenstraße 45, I.

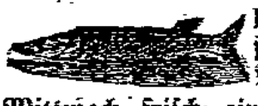
Achtung!
Zentralverband d. Maurer

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 5. Jan.
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisst. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Die Sperre über Torkuhls Bauten in Kücknitz.
2. Wahl der Boten.
3. Innere Verbandsangelegenheiten.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Zweigvereinsverwaltung.

Schöner Weißkohl
zu verkaufen bei
Joh. Kufahl in Herrnburg.

Stadthallentheater.
Donnerstag, 6. Januar. 7½ Uhr.
Dorf und Stadt.
Schauspiel von Ch. Birch-Pfeiffer.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Hagel, Markt 14, und Roß, Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.
Mittwoch, 5. Jan. 7½ Uhr.
Außer Abonn. Ermäßigte Preise.
Don Carlos.
Drama von Schiller.
Donnerstag, 6. Januar. 7½ Uhr.
Die Hugenotten.
Große Oper von Meyerbeer.



E. Boy, Königstr. 61. F. 1811. Markth.-St. 46.
Mittwoch frisch eintreffend: Seelachs, Rotzungen, Schellfische, Kabliau, Hamburger Stint 10-15 Pf.
Lebende Karpfen.

J. Möllers
billige Fleischquelle
22 Fünfhausen 22